

EINWOHNERRAT**Protokoll**

der 43. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 24. Januar 2024
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz René Amstutz, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter (entschuldigt)
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Elena Elser, Noëmi Feitsma, Sandro Felice, Martin Imoberdorf, Matthias Häuptli, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Corinne Probst, Alfred Rellstab, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Pascale Uccella, Lea van der Merwe, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Olivier Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter

Entschuldigt: Louis Seifried, Florian Spiegel, Stephan Wolf, Swen Wyss

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22
18.10 Uhr 34 Anwesende = 23
18.20 Uhr 35 Anwesende = 24
19.10 Uhr 36 Anwesende = 24
20.15 Uhr 35 Anwesende = 24
20.25 Uhr 34 Anwesende = 23

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle des zurückgetretenen Rolf Adam, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Olivier Waldner Geschäft 4701
2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Corinne Probst, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Tobias Stöcklin Geschäft 4702
3. Wahl eines Mitgliedes in die **Geschäftsprüfungskommission** anstelle des zurückgetretenen Stephan Wolf, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Corinne Probst Geschäft 4703
4. Wahl des Präsidiums für die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle des zurückgetretenen Henry Vogt, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Anne-Sophie Metz Geschäft 4704
5. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Bauwesen und Umwelt**, anstelle der zurückgetretenen Corinne Probst, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Olivier Waldner Geschäft 4705
6. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Kultur und Soziales**, anstelle des zurückgetretenen Philippe Adam, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Tobias Stöcklin Geschäft 4706
7. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Kultur und Soziales**, anstelle der zurückgetretenen Claudia Sigel, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag Corinne Probst Geschäft 4707
8. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Sicherheit und Dienste**, anstelle des zurückgetretenen Philippe Adam, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag Stephan Wolf Geschäft 4708
9. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro**, anstelle des zurückgetretenen Vincent Vogt, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Adem Söllick Geschäft 4709
10. Bericht des Gemeinderates vom 13.9.2023, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 19.11.2023, betreffend **vierter Zwischenbericht zur Motion von Matthias Häuptli, GLP, betreffend Tempo 30 in Quartierstrassen sowie Sondervorlage für die Realisierungsarbeiten zu Tempo 30 in Quartierstrassen**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4500G/H/I
11. Bericht des Gemeinderates vom 25.10.2023, betreffend **Umsetzung Verkehrssituation Kreuzung Fabrikstrasse / Lettenweg (Betreffend Postulat Henry Vogt, SVP-Fraktion, Geschäft 4313)**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4313G

12. Bericht des Büros des Einwohnerrates vom 22.5.2023 und 23.10.2023, zur **Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, sowie Beantwortungen zum Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 16.6.2021, betreffend Geschäftsreglement § 16 Büro, Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 16.6.2021, betreffend Geschäftsreglement § 22 GPK und Verfahrenspostulat der Geschäftsprüfungskommission, vom 21.11.2022, betreffend § 22 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates (zusätzliche Kompetenz für die Geschäftsprüfungskommission), 2. Lesung**
Geschäftsvertretung: ER-Büro
Geschäft 4373C
Geschäft 4572 / A
Geschäft 4574 / A
Geschäft 4650 / A
13. Bericht des Gemeinderates vom 16.5.2023, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 25.9.2023, betreffend **Erstellung einer Fotovoltaik-Anlage für das Freizeithaus Allschwil** sowie Beantwortung des Postulats von Miriam Schaub und Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion betreffend **Jugend aufs Dach – Jugendsolarprojekt auf dem Freizeithaus**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt
Geschäft 4599B / C
Geschäft 4569C
14. Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2023, zum Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 23.11.2023, betreffend **Vorgehenskonzept Schulhaus Schönenbuchstrasse**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt
Geschäft 4543 / A
15. Interpellation von Ueli Keller, vom 7.6.2023 betreffend **Mitsprache beim 8er-Tram**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt
Geschäft 4673 / A
16. Motion von Matthias Häuptli, GLP, und Urs Pozivil, FDP, vom 13.6.2023 betreffend **Parkkarten für Allschwiler Unternehmen**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann
Geschäft 4678
17. Motion von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 18.4.2023 betreffend **Anpassung des Reklamereglements, Paragraph 14**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat
Geschäft 4665
18. Motion von René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion und Melina Schellenberg, SP, vom 18.4.2023 betreffend **Bemerkenswerte und schützenswerte Bäume – Inventar und entsprechende Schutzbestimmungen bevor Allschwil zur Grauzone wird**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat
Geschäft 4666
19. Postulat von Mehmet Can, SP-Fraktion, vom 19.4.2023 betreffend **Gegen das Wildparken von E-Scooter / E-Trottinette**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann
Geschäft 4667
20. Postulat von Matthias Häuptli, GLP, vom 13.6.2023 betreffend **Kompetenzgerechte Aufgabenteilung II: Baubewilligungen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat
Geschäft 4679
21. Postulat von Christian Jucker, GLP, vom 13.6.2023 betreffend **Kompetenzgerechte Aufgabenteilung I: Steuerveranlagungen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt
Geschäft 4680

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rüeegsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 42 vom 24. Januar 2024

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

René Amstutz

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

René Amstutz, Präsident: Geschätzte Anwesende. Herzlich willkommen an der ersten Einwohnerratssitzung des Jahres 2024. Wir haben heute den 24. Januar. Weil es die erste ist, allen die besten Wünsche für das neue Jahr. Ich hoffe, Sie seien gut gestartet. Alles Gute für die nächsten Monate. Entschuldigungen habe ich vier. Der 1. Vizepräsident, Stephan Wolf, Swen Wyss, Louis Seifried und Gemeinderat Andreas Bammatter. Verspätung haben Claudia Sigel und Florian Spiegel. Okay, mit ihm habe ich abgemacht, dass ich es so mache. Er könnte eventuell kommen, hat er mir gesagt. – Gut, er ist entschuldigt, er kommt nicht, merci.

Wir kommen zur Präsenzliste. Herr Spinnler, bitte! Besten Dank, und Andreas Bärtsch kam eben. Ich habe sechs kleine Mitteilungen des Präsidenten. Ich möchte zuerst zwei neue Mitglieder im Einwohnerrat begrüßen. Das sind Olivier Waldner und Tobias Stöcklin der Mitte-Fraktion. Herzlich willkommen und viel Spass hier im Rat.

Zweite Mitteilung: Ihr habt es gehört, der 1. Vizepräsident, Stephan Wolf, ist heute abwesend, entschuldigt. Die 2. Vizepräsidentin, Melina Schellenberg wird das 1. Vizepräsidium übernehmen und Fredy Rellstab das 2. Vizepräsidium. Jean-Jacques Winter wird den 2. Stimmzähler übernehmen. Ihnen vielen Dank.

Ihr habt auch die Mitteilung von Nicole Müller erhalten, dass wir im Februar eine zusätzliche Sitzung organisieren werden, am 27. Februar. Dies, weil wir eigentlich so viele Traktanden haben, die wir von einer Sitzung zur anderen weiterschieben, verschieben, verschieben. Wir haben gedacht, jetzt müs-

sen wir sie mal behandeln, mit genügend Zeit, damit wir sie auch richtig behandeln können. Deshalb die zweite Sitzung im Februar. Es ist klar, wenn die Traktandenliste vom Februar, die das Büro am 5.2.24 erstellen wird, am 27. durchgearbeitet wird, dann fällt die Sitzung am 28. aus. Das wissen wir aber erst nach der Sitzung vom 27.

Zusätzlich – GPK: Ihr habt gesehen, wir haben heute einige Wahltraktanden. Ich möchte Ihnen auch noch mitteilen, dass Etienne Winter von der SP am 21.12.2023 auch einen Brief geschrieben hat, mit der Meldung, dass er sofort aus der GPK zurücktritt. Das Büro ist über die Situation mit den Rücktritten, Wechseln in der GPK besorgt. Wir möchten gerne mehr herausfinden und haben die gesamte GPK anschliessend an unsere nächste Einwohnerratsbüro-Sitzung eingeladen, damit wir klären können, was in der GPK eventuell nicht funktioniert und wie kann man die GPK unterstützen, damit sie bis Ende Legislatur ihre Aufgabe wahrnehmen und auch erfüllen kann.

Nun, das letzte Mal haben wir es bereits eingeführt, und ich erwähne es noch einmal: Bitte haltet eure Voten kurz, sonst werde ich wieder die Glocke läuten und mich nötigenfalls wieder persönlich melden. Was das letzte Mal geschehen ist, das Abschalten des Mikrofons, ist und muss ein absoluter Ausnahmefall sein. Ich mache so etwas sehr ungern.

Nach der Sitzung den Saal zügig verlassen, damit man hier abschliessen kann und noch zum Schluss: Sprecht bitte deutlich ins Mikrofon, die Protokollführerin dankt Ihnen [*Ja, sehr sogar, merci.*].

Es wurde keine dringliche Interpellation eingereicht. Dafür aber wurde ein dringliches Postulat eingereicht. D. h. es ist das

- Geschäft 4700, dringliches Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, betreffend **provisorischer Schulraum für die Primarstufe Allschwil**

Der Postulant darf nun die Dringlichkeit, nur die Dringlichkeit, begründen, wenn er anwesend ist. Ich sehe ihn nun nicht im Saal. Er müsste kommen, dann werden wir darauf zurückkommen.

Wir gehen jetzt zur dringlichen Motion, die ebenfalls eingereicht wurde. Genau, die ist aufgelegt. Die heisst:

- Geschäft 4710, dringliche Motion von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, und Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion, betreffend **Bericht Finanzierbarkeit Viererstandortlösung** (SRP)

Wer von den beiden Motionären möchte die Dringlichkeit, nur die Dringlichkeit, begründen? Urs Pozivil.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich denke, die Dringlichkeit ist gegeben, weil wir an der letzten Einwohnerratssitzung bei der Budgetdebatte eine hitzige Diskussion über die Thematik Schulraumplanung hatten. Wir denken, es ist dringlich, damit man die Fragen, die dabei eigentlich in den Raum geworfen wurden, klärt, für die man nicht wirklich eine fundierte Wissensgrundlage hat oder sie fehlt dem Einwohnerrat. Z. B. hörte man Steuererhöhung oder solche Dinge. Es geht uns wirklich darum, auch wirklich eine schön fundierte Ausgangslage und Auslegeordnung zu haben. Deshalb auch die Dringlichkeit.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Gibt es andere Voten zur Dringlichkeit? Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Ich versuche, mich kurz zu halten. Im aktuellen Stand des Projektes macht es unserer Meinung nach keinen Sinn, schon jetzt hypothetische Berechnungen anzustellen. Weder die Datengrundlage noch die Projektgrundlage oder Investitionsgrundlagen haben genügend Details für eine saubere Finanzierungsrechnung. Zuerst müssen wir, wie schon mehrfach diskutiert, zwei Varianten ausarbeiten. Franz Vogt hatte das letzte Mal auch schon angekündigt, dass es bereits läuft. Man muss diesem Prozess Zeit geben. Teile dieser Varianten müssen sein, einerseits eine Tragbarkeitsanalyse durchzuführen und andererseits eine Finanzierungsstrategie zu entwerfen. Deshalb lehnen wir die Dringlichkeit dieser Motion ab. Danke schön.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Auch wir haben an der Fraktionssitzung die Dringlichkeit besprochen. Grundsätzlich finden wir es ein dringliches Anliegen, es ist ausgeschlossen. Auch gerade aufgrund des Einwohnerratsentscheids, den wir ja gemeinsam im Dezember beschlossen haben. Was uns jedoch irritiert, ist, ich

weiss nicht, wir haben im November von unserer Seite zu demselben Thema auch schon eine Motion eingereicht. Die erste Frage ist, weshalb steht sie nicht auf der Traktandenliste? Denn es ist so, dass es – wir kommen ein wenig in den Clinch mit dem Geschäftsreglement – darin explizit heisst, Motionen sind nicht zulässig zu Geschäften, welche bereits durch eine Motion im Gemeinderat behandelt werden. Unsere ist ja vorhanden. Wir sind gerne bereit, eine Auslegeordnung vorzunehmen. Wir haben bereits im November eine Motion zum Thema eingereicht. Wir würden sie gerne zusammen behandeln, schauen, ob man beide zusammen behandeln kann, Auslegeordnung. Wenn wir aber heute nun diese dringlich überweisen, haben wir Angst, dass unsere, bei der es um dasselbe geht, aber vielleicht einen anderen Schwerpunkt aufweist, eigentlich torpediert wurde. Deshalb, rein vom Verfahren her würden wir beliebt machen, an der nächsten Sitzung beide Motionen zu behandeln und schauen, wie wir das Thema auf Einwohnerratebene weiterverfolgen. Herzlichen Dank.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Ueli Keller!

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte ergänzend zu unserer Fraktion zur Dringlichkeit etwas sagen. Was wir haben, ist eine Variante mit drei Schulstandorten. Das ist bei mir Plan A. Überdies haben wir eine Variante mit vier Schulstandorten, das ist für mich Plan B. Im Zusammenhang mit dem, was Christian Jucker bereits erwähnte, sehe ich dafür keine Dringlichkeit. Aber, bitte, liebe Anwesende, geschätzte Anwesende, ich sehe eine hohe Dringlichkeit für einen Plan C. Das wäre endlich ein Schulbau, der bildungsgerecht und kostengünstiger ist. So wie ich es bereits erwähnte und ins Feld führte, bei diesem Schulhaus hier. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich sehe doch nicht einmal Plan B. Durch den Gemeinderat wurde ein Plan vorgegeben, und das ist Plan A mit drei Standorten. In der Diskussion, die wir führen, geht es gerade genau um diesen vierten Standort. Deshalb ist grundsätzlich enorm wichtig, dass man die Finanzierbarkeit, auch wenn wir bisher nicht hundertprozentig so weit sind, schon mal in Angriff nehmen kann und schon mal anschauen, ob es sich unsere Gemeinde überhaupt leisten kann. Daher finde ich die Dringlichkeit enorm wichtig. Danke schön.

René Amstutz, Präsident: Ich stelle fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Somit kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit der Motion. Wer der Motion Dringlichkeit geben will, soll es jetzt mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Mit 4 Ja, 23 Nein und 1 Enthaltung ist die Dringlichkeit nicht gegeben.

Sollen wir wiederum auszählen? Zählen wir doch noch einmal, weil es irgendwie nicht stimmt.

Also, wer die Dringlichkeit geben möchte, soll das jetzt mit der Karte bezeugen. Wer stimmt dagegen? Enthaltungen?

://:

Das Ergebnis bleibt gleich, aber es sind 11 Ja, 18 Nein und 2 Enthaltungen. Somit ist die **Dringlichkeit** trotzdem **nicht gegeben**.

René Amstutz, Präsident: Wir gehen zurück zum dringlichen Postulat, das eingereicht wurde. Es ist das ER-Geschäft 4700, **dringliches Postulat** von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, betreffend **provisorischer Schulraum für die Primarstufe Allschwil**. Möchte der Postulant etwas zur Dringlichkeit sagen? Das ist der Fall. Andreas Bärtsch, bitte.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ja, gerne. Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Aus meiner Sicht ist die Dringlichkeit gegeben, weil die Schüler im August hier sein werden und der Einwohnerrat in der Dezembersitzung sämtliche Massnahmen, die der Gemeinderat vorgesehen hat, um zusätzlichen Schulraum zu schaffen, abgeschmettert hatte, ist nun eigentlich die einzige Lösung nur noch, dass man einen Container stellt. Sonst können wir alsdann eine Waldschule oder einen Waldkindergarten einführen.

René Amstutz, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen im Rat? Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Rat. Die Planung ist leider schon relativ lange in Arbeit, nicht wahr? Schon seit Dezember ist die Gemeinde dabei, für die Umlegung des Schulraums zu planen. Insofern denke ich, ergibt es wenig Sinn, die Gemeinde nun hier mit der Beantwortung eines Postulats zu belasten, wenn sie ohnehin dabei sind, eine Vorlage zu erarbeiten. Daher, denke ich, würde ich sie – um im Rahmen der Effizienz und der Kosteneffizienz so wenig Arbeit wie möglich der Gemeinde zuzuschieben – entsprechend nicht als dringend bewerten und die Dringlichkeit ablehnen. Grundsätzlich aber ist die Frage richtig. Es ist nicht so, dass wir die Frage nicht stellen möchten, aber so, wie wir es verstehen, ist die Gemeinde bereits bei der Arbeit. Das Postulat bringt nichts, es generiert mehr oder weniger warme Luft. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich sehe es gegenteilig. Christian Jucker bedenkt vielleicht nicht, dass der politische Prozess doch teilweise länger dauert, als er sich wünscht. Deshalb finde ich es enorm wichtig, dass wir sicher bereit sind, wir haben schon Januar, damit wir auf den Sommer bereit sind, damit wir zusätzlichen Schulraum oder genügend Schulraum für unsere Schüler, welche neu dazukommen, haben werden. Danke schön.

Melina Schellenberg, 2. Vizepräsidentin: Patrick Kneubühler, dann Miriam Schaub.

Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion: Nur ganz kurz, wegen der Schulraumplanung. Wir, d. h. also unsere Lehrer oder unsere Schulleiter müssten jetzt wissen, wo der Schulraum vorhanden sein wird, denn sie müssen die Kinder einteilen. Die Kinder sollten, müssen bis April den Schulhäusern zugeteilt sein. Das können wir nicht Mitte Jahr tun.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Miriam Schaub!

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Selbstverständlich haben wir uns auch erkundigt, natürlich auch bereits vor unserem Budgetantrag. Fachleute haben uns gesagt, dass es auf das nächste Schuljahr kein Problem ist. Sie haben uns auch versichert, dass sie bereits am Planen sind und auch, dass es voraussichtlich keine Container benötigt. Darum lehnen wir die Dringlichkeit ab.

René Amstutz, Präsident: Ich stelle fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Somit kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Postulats. Wer dieses Postulat mit der Dringlichkeit einreichen möchte, soll es mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Mit 15 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltung ist diese **Dringlichkeit** auch **abgelehnt**.

René Amstutz, Präsident: Es wurden noch weitere drei **Vorstösse** eingereicht. Erstens eine

- **Motion** von der GLP, die wurde am 23.1.24 eingereicht und heisst «**Überbordende Knallerei stoppen**»

Ferner wurde eine

- **Interpellation** von der GLP am 24.1.24 eingereicht, diese Interpellation heisst «**Verkehrsreduktion im Dorfkern – Sperrung Oberwilerstrasse**»

Zudem wurde noch eine zweite

- **Interpellation** von der SP eingereicht. Diese wurde mir gerade vorher eingereicht. Die heisst «**Vollzug Winterzulage für Ergänzungsleistungsbeziehende**».

René Amstutz, Präsident: Wir kommen nun zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich gebe bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Rat, ob es Änderungsanträge der Traktandenliste gibt. Ich habe von Gemeinderat Philippe Hofmann etwas gehört. Zuerst gebe ich das Wort dem Rat, an Niklaus Morat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben kurz darüber diskutiert, wegen Traktandum 11, weil wir zwei Stunden vor der Sitzung eine Mail erhalten

haben, welche das Traktandum 11 betrifft. Wir stellen nun keinen Antrag auf Verschiebung, möchten aber an dieser Stelle betonen, dass es nicht schön ist. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben dieses Mail seit 5. Dezember, und wir erhalten es zwei Stunden vor der Sitzung. Das ist nicht schön. Aber wir stellen keinen Antrag. Vielen Dank.

René Amstutz, Präsident: Danke. Von diesem Mail habe ich keine Kenntnis. Wahrscheinlich habe ich es bislang nicht gesehen. Gemeinderat Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Es ist mir unangenehm, es sagen zu müssen, aber der Gemeinderat beantragt Rückzug oder Verschiebung des Traktandums 10 um einen Monat. Der Grund ist: Wir haben einen darin enthaltenen Formfehler entdeckt. Es ist eine Sonderkreditvorlage, die wir hier mit der Sondervorlage besprechen wollen. Die muss sauber sein. Wenn die Zahlen darin nicht stimmen, will ich sie nicht gerne vorgelegt haben. Ich habe es vorgängig mit dem Gemeinderat abgesprochen. Wir werden es an der nächsten Einwohnerratssitzung präsentieren können. Aber in der heutigen Form so darüber zu verhandeln, ist nicht opportun. Ich bitte, diesem Antrag stattzugeben.

René Amstutz, Präsident: Alsdann stimmen wir über diesen Antrag ab. Wir benötigen ein einfaches Mehr. Wer dafür ist, dass wir dieses Traktandum 10 absetzen, soll es mit ... Ist das etwas anderes? Entschuldigung. Ich frage noch den Rat, ob es Voten gibt. Andreas Bärtsch.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Gemeinderat Philippe Hofmann. Kannst du uns noch sagen, was für ein Formfehler es ist? Das würde uns schon interessieren. Es ist ziemlich unüblich, dass man am Tag der Behandlung ein Geschäft zurückzieht.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ja, ich kann das. Tut mir leid, dass es so spät kommt. Es ist doch nicht zum ersten Mal traktandiert, aber gewisse Dinge entdeckt man besser spät als gar nicht. Es geht darum, dass das Geschäft in der Kostenzuteilung falsch ausgewiesen ist. Man muss hierzu etwas in die Vorgeschichte greifen. Ursprünglich – das Geschäft haben wir schon lange auf der Traktandenliste und schieben es vor uns her – waren die Kosten oder war die Planung der Parkraumbewirtschaftung und Tempo 30 zusammen, auch was die Kostenberechnung anbelangt. Dann haben wir es getrennt. Und was bei diesem nun vorhandenen Geschäft fehlt, ist, es sind nur die Erstellungskosten drin. Das ist absolut korrekt, das hat man gesehen. Seit der Trennung eigentlich dieses Projekts in Tempo 30 und in Parkraumbewirtschaftung sind die Betriebskosten, die man für Tempo 30 hat, hier nicht ausgewiesen. Das ist nicht sauber und nicht korrekt. Denn, diese haben wir sodann ausgewiesen. Wir haben darüber debattiert, ich habe es erwähnt, getan und aufgelistet, sie sind evaluiert. Dies haben wir aber im Zusammenhang mit Tempo 30 und der Parkraumbewirtschaftung als Gemeinsames getan.

Wenn man richtigerweise vorgehen will, muss man sagen, wenn ihr schon eine Sondervorlage bestimmt, müsst ihr die genauen Zahlen haben und entsprechend wissen, was wofür anfällt. Ich finde es nicht richtig, wenn man dann im Nachgang feststellen müsste, dass gewisse Kosten nur bei dem einen Projekt ausgewiesen sind und beim anderen Projekt eben nicht ausgewiesen sind. Ich möchte mir anschliessend nicht den Vorwurf gefallen lassen, dass man irgendwo etwas versteckt hätte. Deshalb bin ich auch offen und transparent. Wir haben es gerade erst bemerkt. Dementsprechend bitte ich einfach, es zurückziehen zu können. Dann können wir genau in einem Monat noch einmal mit den entsprechenden Textpassagen versprechen, oder auch entsprechend aufgrund der Historie darauf hinweisen, welche Kosten wo, wann korrekt anfallen. Das ist eine Formalität. Ich halte es für richtig, wir müssen hier Formalität und Qualität wahren, damit wir es sauber abwickeln können. Die vorhandenen Geschäfte sind für mich persönlich wichtige Geschäfte. Dementsprechend möchte ich gerne bitten, ihm stattzugeben, damit wir wirklich mit genauen und präzisen Papieren arbeiten können.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Etienne Winter.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nicht besserwisserisch sein, ich betone einfach nur das Gemeindegesetz § 61. Es braucht nicht einmal eine Abstimmung. Der Gemeinderat kann immer bei der Traktandenbereinigung ein Geschäft zurückziehen, wenn wichtige Gründe vorliegen. Auch wenn wir jetzt abstimmen, es ist eigentlich nur Formsache. Aber ich danke für die Ausführungen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Dann danke ich für die Belehrung. Ich bin in solchen Dingen auch nicht immer sattelfest. Danke, Etienne, für das Gewissen. Demnach ist es zurückgezogen, wenn ich es richtig verstanden habe.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Fürs Protokoll, das war Philippe Hofmann.

René Amstutz, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den ... – Sorry, ich habe nicht richtig zugehört. Es ist zurückgezogen, also fahren wir weiter. Die Traktandenliste ist ...

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Nico Jonasch!

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Ich möchte nur noch schnell fragen, um welches Mail es sich handelt. Das wäre noch spannend zu wissen.

René Amstutz, Präsident: Gemeinderat Franz Vogt!

Franz Vogt, Gemeinderat: Ja, Entschuldigung. Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerinnen und Einwohnerräte. Ich bin der Urheber dieser Mail. Da wir alsdann das Traktandum Fabrikstrasse behandeln werden, habe ich dem Gemeinderat beantragt und halt erst um 14 Uhr Sitzung gehabt, dass ich die Mail von der Verkehrspolizei weiterleiten lasse, welche wir vom Kanton erhalten hatten. Ich komme später noch einmal darauf zurück, dass der Kanton, unabhängig davon, ob Sie beschliessen, eine Mittelinsel an der Fabrikstrasse zu erstellen, beabsichtigt, die Markierung anzubringen. Es war mir wichtig, dass Sie alle Informationen dazu haben.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Ich stelle fest, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit stelle ich fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form mit Absetzung des Traktandums 10 genehmigt wurde. Wir kommen zum ersten Traktandum.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle des zurückgetretenen Rolf Adam, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Olivier Waldner, Geschäft 4701

René Amstutz, Präsident: Möchte die Fraktion etwas zum Wahlvorschlag sagen? Das ist nicht der Fall. Liegen weitere Nominationen vor? Das ist auch nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass Olivier Waldner in stiller Wahl gewählt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Corinne Probst, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Tobias Stöcklin, Geschäft 4702

René Amstutz, Präsident: Möchte die Fraktion etwas zum Wahlvorschlag sagen? Das ist nicht der Fall. Liegen weitere Nominationen vor? Das ist auch nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass Tobias Stöcklin in stiller Wahl gewählt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission anstelle des zurückgetretenen Stephan Wolf, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Corinne Probst, Geschäft 4703

René Amstutz, Präsident: Möchte die Fraktion etwas zum Wahlvorschlag sagen? Das ist nicht der Fall. Liegen weitere Nominationen vor? Das ist auch nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass Corinne Probst in stiller Wahl gewählt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Wahl des Präsidiums für die Geschäftsprüfungskommission, anstelle des zurückgetretenen Henry Vogt, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Anne-Sophie Metz, Geschäft 4704

René Amstutz, Präsident: Möchte der GPK-Präsident etwas dazu sagen? Das ist nicht der Fall. Möchte die Fraktion etwas dazu sagen?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Miriam Schaub!

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Lieber Präsident, liebe Anwesende. Wie ich euch via Fraktionspräsidium bereits mitgeteilt habe, steht Anne-Sophie Metz nicht mehr zur Verfügung.

René Amstutz, Präsident: Okay. Da Anne-Sophie Metz nicht zur Wahl steht, frage ich den Rat: Liegen andere Nominationen vor?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Claudia Sigel!

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Die Mitte-Fraktion stellt Corinne Probst zur Wahl auf. Danke vielmals.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Liegen noch weitere Nominationen vor? Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Entschuldigung, Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe nun nur eine allgemeine Frage. Etwas verstehe ich langsam nicht mehr, was in der GPK genau läuft. Da werden nun Präsidien hin und her geschoben, wer an einer Sitzung ist, und dann fehlt auch noch jetzt aktuell ein Mitglied. Ich blicke nicht mehr durch.

René Amstutz, Präsident: Niklaus Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Urs, ich glaube, das kann nur die SVP beantworten. Sie hat aber zuvor gesagt, sie möchte nichts dazu sagen. Wir gehen wahrscheinlich genau gleich schlau heim, als wir gekommen sind.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Pascale Uccella!

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Damen und Herren. Ich frage mich langsam, ob wir im Einwohnerrat langsam «Wünsch-dir-was» haben. Ich verstehe langsam nichts mehr. Wir hatten hier eine riesige Diskussion. Wir haben also wirklich ein Déjà-vu vom Schulrat. Dann heisst es, das Präsidium tritt zurück, worauf es eine riesige Diskussion gab, weshalb diese Person bleibt. Jetzt haben wir genau dasselbe. Dann erhalten wir um Gotteswillen eine E-Mail, worin steht, Anne-Sophie Metz übernimmt, dann heisst es plötzlich – also nein, das stimmt nicht, Entschuldigung. Wir hatten es auf der Traktandenliste, so habe ich gedacht, habe ich etwas verpasst. Dann kommt die

Mail, es kommt Corinne Probst. Also, ich weiss nicht. Wie soll jemand, der nie dabei war, oder besser gesagt, du warst Ersatzmitglied, nun plötzlich das Präsidium übernehmen? Wir sind hier doch nicht «Wünsch-dir-was». Notabene, wir sprechen von der GPK. Das ist eigentlich die höchste Stelle, die wir haben. Und hier wird kreuz und quer fabriziert. Es ist mittlerweile wirklich „himmeltraurig“, was hier läuft. Es kann doch nicht sein, dass ein Präsidium zurücktritt, das eigentlich der SVP gehört, das war immer, also anfangs Legislatur, eine riesige Diskussion, unbedingt diese GPK übernehmen. Und jetzt plötzlich haben wir eine CVP, Entschuldigung, Die Mitte. Es ging nicht gegen dich, das weisst du, das habe ich dir zuvor schon gesagt, aber ich finde, das hier geht einfach nicht mehr. Es ist nicht mehr tragbar, wie es hier hin und her läuft. Ich möchte gerne eine Antwort, weshalb das GPK-Präsidium zurücktritt, aber drinbleibt und nicht jemand von der SVP einbringt, der das Präsidium übernimmt, wie es zu Beginn der Legislatur abgemacht wurde. Es ist hier wirklich langsam eine Muppet-Show, sorry.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Henry Vogt.

Henry Vogt, GPK-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Grundsätzlich ist es so, dass ich nun schon ein Jahr lang daran bin, mit der der GPK zu regeln, weil ich aus Zeitgründen das Präsidium nicht mehr übernehmen kann, damit wir eine interne Lösung finden. Für die restliche Zeit, die wir nun noch bis Ende der Legislatur haben, wollten wir eine interne Lösung finden, entsprechend, damit es nicht noch grössere Änderungen gibt, vorwiegend jetzt in diesem letzten halben Jahr, welches vor uns steht. Wir haben intern zuerst Anne-Sophie Metz gewählt, damit sie das Präsidium bis Ende Legislatur übernimmt. Nun hat es offenbar nicht geklappt. Und von der Mitte wurde nun Corinne Probst zur Wahl gestellt. Es ist nicht so, dass sie in der GPK nichts zu tun hatte. Sie war in der Subkommission, als es um die Primarschule ging. Es ist eine bedeutungsvolle und grosse Arbeit, die sie auch mit geleistet hatte. Dementsprechend hat sie Erfahrung. Ich finde, sie ist die richtige, gute Wahl. Deshalb bitte ich auch den Einwohnerrat, dass er zustimmt. Die GPK wird in jedem Fall in zwei Wochen noch mit dem Büro zusammensitzen. Wir werden die letzten internen Änderungen auch noch schlussendlich besprechen. Aber für jetzt bis Ende der Legislatur, diese paar Monate, finde ich es eine gute Lösung. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Etienne Winter!

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Ich möchte gar nicht inhaltlich werden. Ich möchte mich einfach nur schnell kurz dem Angriff verwehren. Ich glaube, Corinne ist erstens ausgezeichnet drin, ich durfte sie in der Subkommission erleben. Ich glaube, Corinne hat es auch nicht freiwillig gesucht, sondern wir haben nun einfach eine Lösung in der GPK gesucht. Ich möchte nun nicht einfach ein Bashing machen. Corinne hat mein volles Vertrauen. Wir wissen, dass sie es wirklich gut kann. Wir konnten wirklich hervorragend zu dritt zusammenarbeiten. Sie hat sicher sehr viel geleistet, womit es wirklich zusammenhält. Zum Inhalt, was da drin läuft, möchte ich mich nicht mehr äussern. Ich bin selbst auch nicht mehr Mitglied dieser Kommission.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Claudia Sigel!

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zunächst gebe ich Pascale absolut recht. Das war ein super Votum. Danke vielmals. Ich bin eigentlich voll auf deiner Linie. Nur, ich bin Mitte-Fraktionssprecherin. Ich war letzten Oktober zusammen mit meiner Fraktion doch ziemlich konsterniert über unseren Schulratspräsidiumswechsel. Umso erstaunter bin ich heute, dass der Fraktionssprecher der FDP gerade genau diese Umänderung dieser Charge hinterfragt. Das finde ich doch ein wenig stossend. Als Mitte-Fraktionssprechende stand ich absolut dahinter, als Die Mitte angefragt wurde, ob Corinne Probst bis zum Ende dieser Amtsperiode dieses Amt übernehmen möchte. Einerseits, weil ich froh bin, dass Die Mitte wieder ein gleichwertiges Präsidium erhält. Denn es gab keine Diskussionen mehr mit der FDP über das Schulratspräsidium. Was ich sehr bedauere. Andererseits, weil ich, Danke schön, Etienne, gleicher Meinung bin. Wenn jemand in unserer Fraktion überhaupt in der Lage ist, ein solches Präsidium zu übernehmen, dann ist es Corinne. Ich kann voll dahinterstehen. Corinne selbst war überrascht. Ich halte es für ausserordentlich, dass Corinne sich bereit erklärt, ein solches zeitaufwendige Amt zu übernehmen. Danke vielmals.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Roman Klausler!

Roman Klauser, AVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Mitglieder. Ich habe zuvor gehört, dass die GPK noch eine Sitzung haben wird. Jetzt wählen wir hier und an der Sitzung erhält ihr andere Informationen. Was ist denn, wenn es dort nicht funktioniert oder was werdet ihr uns dann hier erzählen? Es geht mir doch einfach darum, dass wir einmal Nägel mit Köpfen machen. Ich finde die Person hervorragend, wenn sie das macht. Aber jetzt bestimmen wir etwas, und dann haben sie eine sonderbare Sitzung miteinander, an der jeder etwas erzählt. Eigentlich müsstet ihr sie gar nicht durchführen. Denn, wenn wir es jetzt abstimmen, dann ist der Fall gelaufen, dann läuft es weiter. Dann müsst ihr euch nicht einmal im Büro sehen, denn dann ist diese Zeit auch für die Katz. Ihr müsst euch einfach überlegen, was. Macht ihr zuerst diese Sitzung und wie kommt ihr hier rein und sagt, was wirklich ist, wieso es diese Wechsel gibt, weshalb diese Leute nicht mehr wollen. Oder wir stimmen jetzt ab und dann ist einfach Ruhe. Aber wenn ihr sagt, ihr hättet noch eine Sitzung im Büro mit ihnen, weil es sonderbare Abläufe gibt, dann müsst ihr schon hier einmal die Wahrheit sagen, damit wir wissen, worum es eigentlich geht.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Claudia. Ich habe nichts gesagt. Ich habe nur Fragen gestellt. Ich habe nicht in den Raum gestellt, ich fände es schlecht oder so. Ich habe nur gesagt, wir verstehen nicht mehr, was genau in der GPK läuft. Ich glaube, es ist wichtig, klarzustellen. Ich gebe keine Wertungen ab. Ich habe einfach nur eine Frage gestellt. Ich finde es auch richtig, dass das Büro es noch abklären wird. Wir haben nun auch sehr viele Voten im Rat gehört. Ich glaube, es ist gut, dass man darüber spricht.

Melina Schellenberg, 2. Vizepräsidentin: Das Wort erhält zuerst Ueli Keller und anschliessend René Amstutz, der als Präsident etwas zu sagen hat.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin selbst Mitglied in der GPK. Ich kann bestätigen, was Pascale Uccella gesagt hat: Die GPK ist in einem maroden Zustand. Es kann im Grunde nur noch besser werden. (Was ich auch nicht geschätzt habe, das sage ich nun auch noch nebenbei, dass unsere grosse Arbeit, die wir im Kontext des Konflikts geleistet haben, vom Gemeinderat nicht wirklich beachtet wurde.) Ich bedauere es zutiefst, dass Stephan Wolf und Etienne Winter aus der GPK zurücktreten. Ich sage aber ehrlich, ich bedauere es nicht sehr, dass Henry Vogt das Präsidium abgibt. Denn die GPK hat unter seiner Leitung nicht funktioniert. Ich freue mich ausserordentlich, dass Corinne Probst das Präsidium übernimmt. Danke schön für die Aufmerksamkeit.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: René Amstutz!

René Amstutz, Präsident: Als kurze Antwort auf das Votum von Roman Klauser: Das Büro erachtet es als wichtig, dass man noch herausfinden kann, ob andere Dinge in der GPK noch unstimmig sind, die man vielleicht noch bis Ende Legislatur in Ordnung bringen könnte. Es geht nicht nur um die Versetzung der Personen, vielleicht gibt es noch andere Dinge. Ich werde den Rat nach der Sitzung darüber informieren.

Ich stelle fest, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Sodann frage ich noch einmal: Ist stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass Corinne Probst in stiller Wahl gewählt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Bauwesen und Umwelt, anstelle der zurückgetretenen Corinne Probst, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Olivier Waldner, Geschäft 4705

René Amstutz, Präsident: Möchte die Fraktion etwas dazu sagen? Das ist nicht der Fall. Liegen weitere Nominationen vor? Das ist auch nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass Olivier Waldner in stiller Wahl gewählt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Kultur und Soziales, anstelle des zurückgetretenen Philippe Adam, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Tobias Stöcklin, Geschäft 4706

René Amstutz, Präsident: Möchte die Fraktion etwas dazu sagen? Das ist nicht der Fall. Liegen weitere Nominationen vor? Das ist auch nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist Tobias Stöcklin in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Kultur und Soziales, anstelle der zurückgetretenen Claudia Sigel, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag Corinne Probst, Geschäft 4707

René Amstutz, Präsident: Möchte die Fraktion etwas dazu sagen? Das ist nicht der Fall. Liegen weitere Nominationen vor? Das ist auch nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass Corinne Probst in stiller Wahl gewählt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Sicherheit und Dienste, anstelle des zurückgetretenen Philippe Adam, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag Stephan Wolf, Geschäft 4708

René Amstutz, Präsident: Möchte die Fraktion etwas dazu sagen? Das ist nicht der Fall. Liegen weitere Nominationen vor? Das ist auch nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist Stephan Wolf in stiller Wahl gewählt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro, anstelle des zurückgetretenen Vincent Vogt, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Adem Söllick, Geschäft 4709

René Amstutz, Präsident: Möchte die Fraktion etwas zum Wahlvorschlag sagen? Das ist nicht der Fall. Liegen weitere Nominationen vor? Das ist auch nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass Adem Söllick in stiller Wahl gewählt ist.

Wir kommen nun zum neuen Traktandum 10.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Bericht des Gemeinderates vom 25.10.2023, betreffend
Umsetzung Verkehrssituation Kreuzung Fabrikstrasse / Lettenweg
(Betreffend Postulat Henry Vogt, SVP-Fraktion, Geschäft 4313)
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4313G

René Amstutz, Präsident: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur allgemeinen Beratung. Die Rednerreihenfolge ist Folgende: Ausführungen zuerst von Vizepräsident Franz Vogt, danach die Fraktionssprechenden, die Rednerliste. Bitte, 1. Vizepräsidentin!

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: In diesem Fall hat das Wort Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Das Postulat beschäftigt uns schon länger. Es ist nicht der erste Bericht, der in den Einwohnerrat kommt. Sie haben ihn sicher gut durchgelesen. Deshalb fasse ich ihn nun eigentlich nur kurz zusammen. Wie lesen konnten, hat man in der Zwischenzeit gewisse Massnahmen ergriffen, die zur Verbesserung der Übersichtlichkeit geführt haben. Zuerst hat man das Efeu zurückgeschnitten, man hat die Parkfelder verkürzt, damit sich die Übersichtlichkeit verbesserte. Der Einwohnerrat hat am 5.12.2018 Lotsendienst und Signalanlage verworfen. Der Einwohnerrat hat empfohlen, eine Fussgängerschutzinsel zu prüfen. Der Gemeinderat hatte drei Varianten ausgearbeitet. Am 4.12.2019 wurden sie dem Einwohnerrat vorgestellt. Dieser beauftragte den Gemeinderat, die Variante 3, Minimalvariante, auszuführen. Man hat nun aber gesehen, dass die Minimalvariante ist, weil vor allem die Trottoirbreiten für das Aufkommen der Fussgänger zu gering sein werden. Zudem müssten drei Bäume gefällt werden.

Aus diesem Grund und auch, weil der Kanton Verkehrssicherheit als gegeben betrachtet, beantragt Ihnen der Gemeinderat, auf weitere Massnahmen zu verzichten. Im Mail der Verkehrspolizei, welches Ihnen heute im Verlaufe des Nachmittags, ca. um halb drei zugestellt wurde, ich lese es kurz vor, informierte uns die Verkehrsabteilung des Kantons – Jean-Jacques, kannst du vielleicht ... – dass sie, also ich lese es schnell vor: *«Wir möchten Sie darüber informieren, dass im Sinne und zur Erhöhung der Schulwegsicherheit für das Frühjahr 2024 geplant ist, auf der Fabrikstrasse bei den Fussgängerstreifen Höhe Feldstrasse und Lettenweg die besondere Markierung «Hinweis auf Kinder» umzusetzen. Die Massnahme stützt sich auf einen Entscheid der Fachstelle des Tiefbauamts und uns vom 5. Dezember 2023.»* Das war eine Koordinationssitzung. *«Die Markierung wird beim Fussgängerstreifen Lettenweg unabhängig des weiteren Verlaufs des Projektes Mittelinsel umgesetzt.»* Bitte noch das zweite Bild! Das ist ein Symbolbild, das aber auch noch Verkehrsschilder beinhaltet, so würde es dann aussehen. Wie ihr auch dem Mail entnehmen könntet, haben wir ähnliches schon an fünf Stellen, nämlich im Muesmattweg, Spitzwaldstrasse, Baselmattweg und einseitig da Einbahnstrasse an der Schönenbuchstrasse und im Weiherweg. Das sind meine Ausführungen. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, auf die Mittelinsel zu verzichten.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gut. Es können sich die Fraktionssprecherinnen und -sprecher melden. Sandro Felice!

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch wir von unserer Fraktion sehen, dass das mit dieser Mittelinsel eher ein Geknorze ist und es am Schluss auch nicht wirklich eine sichere Lösung gibt, ob mit diesen Schulzeichen oder nicht. Es handelt sich um eine Kantonsstrasse. An allen anderen Kantonsstrassen, die wir bei den Schulhäusern haben, gibt es Lichtsignale. Sowohl an der Baslerstrasse als auch an der Binneringerstrasse, da hat es sogar zwei. Von uns aus gesehen ergibt es Sinn, dass man da auch ein Lichtsignal anbringt. Das ist eine Lösung, die man schneller umsetzen kann, sie kostet nicht mehr als die Inseln. Am Schluss ist sie eine viel sichere Lösung als die Insel. Sodann kann man die Kinder auch wirklich sicher über die Strasse bringen. Deshalb würden wir gerne den Antrag stellen, dass wir den Gemeinderat beauftragen, an dieser Kreuzung eine Lichtsignalanlage zu planen und umzusetzen und über den Investitionskredit für die Mittelinsel Fabrikstrasse von 22'000 Franken, den es bereits gibt, neu abzurechnen. Ich bitte um eure Unterstützung. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Henry Vogt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Seit September 2016 sind bereits acht Jahre vorbei. Über acht Jahre. Es ist interessant, dass man so lange braucht, um zu erkennen, dass diese Trottoirbreite zu gering ist. Nachdem wir jahrelang darüber diskutieren, was überhaupt dort machbar ist und was nicht. Fakt ist, dass wir als Einwohnerrat dannzumal abgestimmt haben, und Fakt ist auch, dass das, was wir abgestimmt haben, einfach nicht ausgeführt wurde, so wie es hätte werden sollen. Der Gemeinderat hat aus meiner Sicht klar versagt. Denn abgestimmt ist abgestimmt. Dann muss man es tun. Dafür sind wir schlussendlich da. Jetzt, ein paar Jahre später sind wir so weit, dass es heisst, dass wir am besten gar nichts tun, nur ein paar Dreiecke auf die Strasse malen sollen, damit sei die Sache entschärft, nachdem wir nun auch wissen, dass noch mehr Kinder in die Schule kommen werden, dass alles noch mehr wachsen wird und diese Situation noch schwieriger werden wird. Wenn ich mich noch richtig erinnern mag, hat es vor acht Jahren angefangen, u. a. auch, dass ich an dieser Strasse, Fabrikstrasse, auch ein Lichtsignal wollte. Damals hiess es, dass es so nicht machbar wäre. Auf jeden Fall wird unsere Fraktion dem Antrag von Sandro Felice folgen. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Lucca Schulz.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Für die SP-Fraktion sind sichere Schulwege essenziell. Deshalb werden wir auch dem Antrag des Gemeinderats, der sinngemäss lautet: einfach nichts tun, nicht folgen. Es war nun auch schön, bei den Ausführungen des Gemeinderats hiess es, dass man keine Verkehrssicherheitsproblematik sieht. Gleichzeitig aber hat er uns netterweise zwei Stunden vor der Sitzung das Mail weitergeleitet. Es ist so, dass die Abteilung Verkehrssicherheit der Kantonspolizei in einer Sitzung entschieden hatte, dass es nun diese Signale auf dem Boden geben soll. Diese Abteilung Verkehrssicherheit macht das nicht aus einer Laune heraus, sondern wahrscheinlich, weil sie eben eine Verkehrssicherheitsbeeinträchtigung festgestellt hat und sich genötigt fühlte, da aktiv zu werden. Es liegt also definitiv etwas im Argen. Deshalb werden wir dem Antrag des Gemeinderats, der «nichts tun» sagt, nicht zustimmen. Bezüglich des Lichtsignals haben wir kontrovers diskutiert. Wir sind nicht ganz einheitlicher Ansicht, man ist dafür und dagegen. Wir wissen nicht, ob es die endgültige Lösung wird oder kann sein, aber sicher wird ein Teil der Fraktion zustimmen. Auch jenem Teil, der dieser Lösung nicht zustimmt, ist wichtig, dass die Schulwegsicherheit mit anderen Massnahmen sichergestellt wird. Besten Dank.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen von den Fraktionssprechenden? Das ist nicht der Fall, demnach ist die allgemeine Rednerliste eröffnet. Mehmet Can!

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren, verehrter Präsident. Auch ich war erstaunt, dass der Antrag oder Vorstoss beinahe acht Jahre dauern kann. Ich glaube, zwischenzeitlich sind die Kinder von damals aus der Schule und benötigen es nicht mehr. Aber wir haben nun zum Glück andere Kinder, die darauf angewiesen sind. Zu so einem Ampelsystem muss man dazu sagen, dass die Stausituation auf der Baslerstrasse, Kreisel Ziegelei, den Verkehr so stark blockieren würde, dass die Fahrbahnen für Tram 6 und den Bus beeinträchtigt werden könnten. Das wäre Punkt eins. Am Kreisel Letten auf der Höhe von Coop, Jumbo und Migrolinotankstelle könnte es ebenfalls zu Stau kommen, vor allem am Morgen, Mittag und Abend. Es kommt natürlich noch hinzu, dass die Kinder auch vom Gartenhof her auf beiden Seiten durch die Fahrzeuge, welche im Stau stehen, erhöhter Gefahrensituation ausgesetzt sind. Ob ein solches Ampelsystem, glaube ich, überhaupt infrage kommt oder Sinn ergibt, weiss ich nicht, das muss man auch mit dem Kanton anschauen. Die andere Frage ist, wie lange es nun nochmals dauern würde, bis so etwas überhaupt kommt. Noch einmal acht Jahre? Dann hoffen wir, dass die Kinder auch mal durch sind. Meine Frage ist nun eben: Ist es wirklich ... Wie lange ... Da muss doch die Gemeinde mal mit dem Kanton sprechen und wirklich mal eine Lösung präsentieren und nicht auf den Kanton warten, dass es endlich mal vorwärtsgeht. Entsprechend bin ich der Meinung, ein solches Ampelsystem ist mehr Verkehrsbehinderung als eine Lösung für Kinder. Danke.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Mark Aellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Ich bin erstaunt, wie konfliktfrei ihr heute seid. Ihr seid nicht auf den Gemeinderat losgegangen, ich muss es selbst machen. Ich finde es eine Frechheit, dass man uns sagt, nach vier Jahren Prüfung von drei Varianten, die vom Gemeinderat ausgearbeitet wurden, man stelle fest, dass doch tatsächlich in diesen vier Jahren drei Bäume gewachsen sind, die man nun plötzlich fällen muss, und eine Trottoirbreite unzulänglich ist. Notabene in einem Vorschlag, der vom Gemeinderat in den Rat eingebracht wurde. Dannzumal hat man nicht gesagt, es ist kritisch, man kann eigentlich das, was wir vorschlagen, nicht machen, sondern es sind drei Varian-

ten, die man weiterprüft. Wenn man mir nach vier Jahren sagt, man habe herausgefunden, dass diese drei Bäume zu wertvoll sind und die Breite des Trottoirs nicht adäquat ist und dass es einen Bericht bis ins 16 gibt, der sagt, es ist ohnehin nicht notwendig, dann ist das keine Argumentation, sondern nur eine Dokumentation darüber, dass der Gemeinderat es von Beginn weg nicht machen will. Der könnte ja auch hin stehen und sagen, nein, ich will nicht. Merci.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Gemeinderat Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Rat. Vielleicht wurde ich nicht ganz richtig verstanden. Man wollte die Minimalvariante ausarbeiten. Diese hat man alsdann nach langem Hin und Her, natürlich hat es etwas lange gedauert, also, aber nach einigem Hin und Her hat man gesehen, dass sie nicht Stand hält. Was macht man dann? Man versucht ein wenig die Grössere. Auch dies benötigte einiges Hin und Her. Man darf nicht vergessen, es braucht nun mal die sog. Schleppkurven. Man ist dort auch im Gewerbegebiet, auf dem Lastwagen kommen können. Man möchte mit der Mittelinsel keine Verschlechterung für die Schüler erhalten. Man hat nun einfach gesehen, es ist nun mal leider so, dass es wahrscheinlich nicht wirklich eine Verbesserung geben wird. Denn es gibt auch ein wenig eine Aufweitung des Strassenraums. Somit musste man erkennen, dass wir es euch nicht guten Gewissens vorschlagen können. Selbstverständlich kann der Rat beschliessen, wenn er will, diese Insel trotzdem zu erstellen. Es ist aber nicht die Minimalvariante, sondern es ist eine grössere Variante, die auch einiges teurer ist. Ich meine, man hat 222'000 Franken ins Budget gestellt. In etwa käme es dahin.

Aber wie zuvor besprochen, hat man einige Verbesserungen vorgenommen, die Übersichtlichkeit ist gegeben. Man darf nicht vergessen, diese Strasse ist nicht so breit wie eine Binningerstrasse, sie ist erstens von den Kindern und auch von den Autofahrern optimal einzusehen. Die Verkehrsabteilung, wie im Bericht erwähnt, beurteilt die Situation wirklich als sicher. Das ist nun gewissermassen unabhängig von diesem Geschäft gekommen, dass die Verkehrsabteilung das Signal auf den Boden malen will. Ich glaube, da hat sicher niemand etwas dagegen. Wichtig war mir einfach, dass Sie alle Informationen haben. Wenn ich es nun einfach hier aufgelegt hätte, hätte es erst recht geheissen, weshalb er damit nicht früher kommt. Sie konnten es anschauen, Sie können es beurteilen, wie Sie wollen, das ist Ihre Sache. Das ist vollkommen klar. Noch einmal: Man wollte die Mittelinsel wirklich bauen, deshalb ging es auch so lange hin und her, hat so viel Zeit beansprucht. Die Zeit, bis man jetzt hier ist, ist nun mal verstrichen. Leider müssen wir Ihnen sagen, dass es nicht das Gelbe vom Ei ist. Ich würde lieber ein anderes Ergebnis präsentieren, vor allem nach so langer Zeit.

Vielleicht ist auch noch zu sagen, dass der Gemeinderat leicht irritiert ist, dass nun wieder die Variante Lichtsignal aufs Tapet kommt, die der Einwohnerrat explizit und auch schon vor relativ langer Zeit verworfen hatte. Aber noch einmal: Man wollte diese Mittelinsel machen, aber wir meinten, es sei am besten so, wie es jetzt ist, und für die Kinder nach wie vor sicher.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gut. In diesem Fall hat das Wort Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Auch wenn es nicht üblich ist, dass ein zweiter Gemeinderat zu einem Geschäft spricht, ist es in Absprache mit Franz Vogt erfolgt, weil ich dieses Geschäft eigentlich von Anfang an betreut habe, eine viel längere Geschichte als sie vorher Franz Vogt getan hat, wo es noch ein Sicherheitsthema war. Als ich zuvor hörte, der Gemeinderat habe versagt oder «ich will nicht», habe ich mich kurz dazu entschlossen, darüber noch ein Wort zu verlieren, um wieder in Erinnerung zu rufen, weil das Geschäft schon so ewig lang dauert, wer denn nicht will und wer es war. Ich verweise auf den Bericht der KBU vom 18.11.2019. «Die Kommission beschliesst mit 4 Ja- zu 2 Nein-Stimmen kein Schild und keine Markierung «Achtung Kinder» an der Strassenquerung Fabrikstrasse aufzustellen.» Ich verweise aus demselben Bericht auch auf: «Variante 3, mit Stichentscheid: [...] keine baulichen Massnahmen an der Querung Fabrikstrasse umzusetzen». Und dann schlussendlich der Entscheid, dass das Postulat am 4.12.2019 als erledigt abgeschlossen wurde. Es ist nicht der Gemeinderat, der nicht wollte. Einfach, damit ich es mal erwähnt habe. In der Auslegeordnung in all diesen Geschäften hat der Einwohnerrat schlussendlich so bestimmt. Ausser, ich erinnere mich komplett falsch. Es ist natürlich nicht immer vollkommen sicher, dass es so ist. Wenn ich es aber nachlese, muss man es einfach sagen, es ist nicht der Gemeinderat, der nicht nur nicht wollte, sondern, es ist auch die KBU, welche es bestimmt hat und es war entsprechend auch der Einwohnerrat. Einfach nur, damit man das, was war, noch einmal schnell ein wenig ins richtige Licht rücken kann.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Miriam Schaub.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Lieber Präsident, liebe Anwesende. Ich plädiere dafür, dass man nicht noch lange darüber diskutiert, was gewesen ist. Aber vielleicht, dass man schon so viele Jahre darüber diskutiert hat, zeigt bereits, dass ein Problem vorhanden ist. Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Ich weiss nicht, es war nun mal ein Anfang einer Mail von Frau Müller. Es ist eine Mail vom 21. November, die bestimmt alle Mitglieder des Einwohnerrats erhalten haben. Ich hoffe auch, dass die Gemeinderatsmitglieder sie kennen. Es ist ein Brief einer Familie, «*Sicherheit Schulweg, Übergang Fabrikstrasse Lettenweg*». Ich lese mal daraus vor:

Beim Begleiten haben wir schockierendes erlebt. Die folgenden Aussagen beziehen sich auf die Fussgängerstreifen Migros Paradies und Fabrikstrasse Lettenweg. Besorgniserregend, viele Autos stoppen nicht, selbst wenn wartende Kinder beim Fussgängerstreifen warten. Autos nehmen die Fahrt bereits auf, wenn sich die Kinder noch auf dem Fussgängerstreifen befinden. Autos bremsen sehr spät ab. Autos fahren generell mit zügiger Geschwindigkeit auf der Fabrikstrasse. Höchst bedenkliches, konkretes Beispiel: Ein Auto fuhr in voller Fahrt vorbei, wobei ein Auto auf der Gegenfahrbahn wartete und sich [Name des Kindes] mit einem Freund auf dem Fussgängerstreifen befand. Die letzte Situation hätte unserem Sohn beinahe das Leben gekostet. Denn das Auto verpasste ihn um wenige Zentimeter.

Vielleicht findet nun die Verkehrspolizei, oder ich habe hier gehört, es gäbe keine Probleme, aber diese Familie findet, es ist ein Problem. Ich musste auch meine Kinder oft in den Kindergarten oder in die Schule begleiten, weil es so viele Baustellen hatte, und ich habe auch so viel Schockierendes gesehen. Es haben mir auch viele andere Eltern erzählt, auch bei anderen Schulhäusern, es ist nicht einfach. Insofern würde ich noch einmal dafür plädieren, es ist nicht wert, dass wir in dieser Sache nicht alles tun, damit es ein sicherer Schulweg ist. Deshalb möchte ich jetzt noch einmal Werbung für den Antrag von Sandro Felice machen.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Niklaus Morat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zu dem, was der Kanton nun tun möchte, das erste Bild, das wir gesehen haben, das ist oben am Weiherweg, Kreuzung Herrenweg Weiherweg. Da fährt momentan der halbe Kanton durch, weil die Oberwilerstrasse gesperrt ist. Alle kommen von der Oberwilerstrasse runter, münden in die Binningerstrasse und fahren je nachdem Richtung Allschwil oder Richtung Basel. Es ist zwar schön, dass es aufgezeichnet ist, ihm wird aber nicht allzu viel Beachtung geschenkt. Dasselbe befürchte ich in der Fabrikstrasse, obwohl ich es begrüsse, dass die Kantonspolizei es malt. Denn wenigstens, falls etwas passiert ist, kann man im Nachhinein darauf verweisen. Es ist tatsächlich ein Verkehrsschild, welches man zu beachten hat. Zur Kreuzung Lettenweg Fabrikstrasse, Ampel: Man hat zuvor gehört, es wird wahrscheinlich überall in beide Richtungen, also Ziegelei und Richtung Binningerstrasse Rückstau geben. Dies befürchte ich auch. Die Mittelinsel finde ich die beste Lösung, denn das ist etwas Festes mitten in der Strasse. Das bremst die Autos aus. Auf jeden Fall werden sie langsamer. Vielleicht wäre im Kontext der Mittelinsel ein temporäres Tempo 30 noch besser, so wie man es am Laupenring oder beim Isaac Iselin-Schulhaus in Basel kennt, welches einfach temporär, wenn die Kinder unterwegs sind, auf 30 schaltet, ansonsten gilt 50. Dies wird die Kantonspolizei nicht ins Auge fassen, weil man den Allschwilern Tempo 30 erst einmal erklären muss. Deshalb plädiere ich für die Mittelinsel, und das, was die Kantonspolizei macht, ist richtig. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat zum zweiten Mal Mehmet Can. Anschliessend Andreas Bärtsch.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Franz, eine kurze Frage: Würde der Kanton 50 % der Kosten übernehmen, oder wie viel wäre das?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gemeinderat Franz Vogt!

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich bin nicht ganz sicher, respektive wird es Verhandlungssache sein. Vermutlich übernehme er 50 % der Kosten. Das müsste man genau anschauen. Es ist nicht sicher.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Entschuldigung. Dann wäre aber die Kostenberechnung falsch, die ihr uns hier vorschlägt bzw. die wir zur Annahme abstimmen sollten?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Fürs Protokoll ...

Mehmet Can, SP-Fraktion: ... aus diesem Grund bin ich der Meinung, ihr solltet es doch vorher abklären, was der Kanton übernimmt und es uns dann vorlegen. Eventuell schreckt uns diese Zahl auch nicht ab. Dann wüssten wir auch, um wie viel es geht. Danke.

Melina Schellenberg, 2. Vizepräsidentin: Fürs Protokoll, das war Mehmet Can. Das Wort hat noch einmal Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Einfach vielleicht noch einmal zur Argumentation. Die Argumentation war nicht primär mit dem Geld, das könnt ihr selbst ausrechnen, wie es ist. Schlussendlich wisst ihr auch, am Schluss zahlt es immer der Steuerzahler, ob 50 % Kanton, 50 % Gemeinde. Ich als Finanzminister bin natürlich immer froh, wenn man die Kosten abschieben kann. Wir fanden, die Verbesserung ist nicht oder einfach zu wenig gross. Wir empfehlen Ihnen, wie zuvor erwähnt ist es Ihr Entscheid, auf diese Massnahme zu verzichten.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Vielleicht lohnt es sich einfach, wenn man die Dokumentation von all den Geschäften noch einmal lesen würde. Dann sieht man nämlich entsprechende Voten, entsprechend vorhandene Dinge. Ich verweise auf den Bericht 4313 E vom 18. September 2019. Hier steht ganz klar, damaliger Stand: *«Der Kanton erklärt sich allerdings nur dazu bereit, im Rahmen einer Ausnahme an der Fabrikstrasse Signale 'Achtung Kinder' aufzustellen.»* Das ist in etwa das. Ich meine, es ist skandalös, wenn man fünf Jahre benötigt, um es überhaupt zu tun. Das ist das eine, das andere aber ist, es steht auch, dass sich der Kanton nicht ... Zitat: *«Der Kanton stellt sich gegen den Bau einer Fussgängerschutzinsel, da diese aufgrund der geltenden Norm nicht notwendig ist.»* Stand 2019! Vielleicht hat es sich mittlerweile geändert. Einfach in der Historie drin. Das haben wir alles schon einmal diskutiert, das war alles, was da war. Der Einwohnerrat hat alles gesehen, alles bestimmt, alles diskutiert. Es ging an die KBU hin und zurück. Ihr müsst das Rad nicht mehr neu erfinden, sondern einfach lesen, wie die Haltung des Kantons war. Vor fünf Jahren hat er gesagt, er kann sich vorstellen, die Markierung anzubringen. Dies ist nun erfolgt. Dass es so lange dauert, ist ein Skandal. Das ist sonnenklar. Aber es ist nichts anderes als das, was im Prozess vorgesehen wurde.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Andreas Bärtsch!

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Die Achtjahresmarke erschüttert mich nicht mehr [*Gelächter*]. Es ist so. Und zu Franz Vogt, dass ihr acht Jahre benötigt habt, es könnte die Schleppkurve schuld sein ... die Schleppkurve, das ist eine Sache von fünf Minuten, dann weiss man, ob es funktioniert oder nicht. Zu Miriam Schaub: müssen wir denn bei der Spitzwaldstrasse vor dem Migros eine Lichtsignalanlage hinstellen, weil sich diese Familie, in der notabene das siebenjährige Kind mit dem Trottinett den Schulweg bestreitet, auch unsicher fühlt? Müssen wir dort auch noch ein Lichtsignal haben und müssen wir an der nächsten Strasse auch noch ein Lichtsignal anbringen? Meine Damen und Herren, ich weiss nicht, es gibt einschlägige Normen, es gibt Weisungen von Fachverbänden, die es gesamtschweizerisch beurteilen. Es gibt Unfallstatistiken und es gibt auch noch Eigenverantwortung. Wir von der FDP-Fraktion, wenn ich das auch mal herausstreichen darf, sind selbstverständlich wie die SP-Fraktion auch für sichere Schulwege. Aber wir von der FDP-Fraktion plädieren für Eigenverantwortung und sind nicht der Meinung, dass man alles in Watte packen muss, und alles sicher sein muss, und alles muss, weiss nicht wie, endgültig verbarrikiert werden.

Die KBU, das hat Philippe Hofmann, danke vielmals, richtig gesagt, hat sich umfassend und vertieft mit diesem Übergang dort beschäftigt. Sie hat die Normen konsultiert und hat es relativ lange diskutiert und kam zum Schluss, dass die Fussgängerübergänge allen einschlägigen Normen und Weisungen genügt, und keine Massnahmen notwendig sind. Ich stehe nach wie vor hinter diesem Entscheid der KBU und kann dem Antrag des Gemeinderats folgen. Auch wenn nun die Bearbeitung etwas länger dauerte, dazu möchte ich mich nicht äussern. Das Endergebnis stimmt für mich.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat zuerst Claudia Sigel und anschliessend Basil Wagner.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Ich kann mich meinem Vorredner nur anschliessen. Uns ist es logischerweise auch wichtig, dass die Kinder die sichersten Wege in die Schule haben. Ich sehe auch die Pflicht der Gemeinde, dies zu ge-

währleisten. Wir können aber das Fahrverhalten von Automobilisten in der Politik nicht verändern. Wir können auch nicht jeden Verstoss eliminieren. Genauso wenig, wie ein Gesetz alles regeln kann. Irrendwo benötigen wir noch Sozialverhalten des Menschen und gesunden Menschenverstand. Wir von der Mitte-Fraktion unterstützen unsere zwei Gemeinderäte in dieser Sache. Vor allem auch die Ausführungen dazu, auch das, was die KBU gesagt hat. Wie zuvor erwähnt, Miriam, ich bin bei dir. Ich hoffe auf die Vernunft der Automobilisten. Vor allem dort sollte man in der Politik mal ansetzen, dass es definitiv zu viele Autos gibt, vorwiegend die Geleaten. Das können wir hier aber nicht ändern. Danke vielmals.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Basil Wagner!

Basil Wagner, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Ich möchte mich gerade genau anschliessen, und zwar betreffend das Fahrverhalten, das man nicht steuern kann. Ich finde, es gibt doch eine Möglichkeit, um das Fahrverhalten steuern zu können. Wenn nämlich die Ampel rot ist, dann steuert man es, dann bremsen die Autos, fertig Schluss. Beim Fussgänger, denke ich auch, ist es unsicher. Ich unterstütze den Vorstoss mit der Ampel. Ich denke, es ist die beste Lösung. Die Mittelinsel halte ich für übertrieben, wenn man alles umbauen muss und die Bäume weg und Trottoir verbreitern. Ich denke, diese Ampel wäre das Sinnvollste. Ich möchte auch noch auf den Bericht verweisen, worin steht, «mit einer voraussichtlichen Kostenbeteiligung der Gemeinde von 50 %», müsste man vielleicht wirklich überlegen, ob man die Kosten anpassen muss. Es wäre auch wirklich billiger als die Mittelinsel. Ich finde, es ist wirklich das Sinnvollste in diesem Geschäft. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es ist ein altes Geschäft. Nun haben wir eine Entscheidung, die uns der Gemeinderat vorgelegt hat. Plus eine Zweite, die heute Abend einging. An jene, die dem Gemeinderat folgen, meine Damen und Herren, und sagen, okay, nicht möglich, dann ist dieses Geschäft weg. Dann bleibt alles, wie es ist, es wird sich nichts daran ändern. Ausser, wie heute um 14.30 kam, die Zeichen auf der Strasse. D. h. ganz einfach: Wurde in diesen fünf oder acht Jahren etwas geändert? Der Kanton hat etwas gerochen. Es ist nicht nichts gelaufen. D. h., etwas ist notwendig. Wenn wir nicht miteinander weiterfahren, ist das Geschäft in der Schublade, und Henry, beginnst du wieder von vorn. Ob es nun eine Insel ist oder ein Verkehrssignal – ich tendiere auch eher für eine Insel. Wir haben auf Wunsch der Lehrerschaft im Bettenacker in der Spitzwaldstrasse eine ganze Reihe von Inseln erstellt. Wir hatten zuvor mehrere Kontakte, Fleisch–Metall. Seit den Inseln mussten wir nie mehr ein Kind zu Doktor Gadola oder anderen bringen. Es war nicht nötig. Eine Insel bremst wirklich. Wenn ich an meine Generation denke, so habe ich doch die Möglichkeit, mit dem Rollator auf der Insel durchzuatmen und weiterzugehen. Aber scheinbar geht das in diesem Fall nicht, deshalb haben wir die Varianten. Wenn wir es unterstützen, heisst es ganz einfach, das Geschäft geht weiter. Ich hoffe sehr, es ist wirklich notwendig, dass etwas weiter geschieht, mit Insel oder mit Anlage. Jede Hilfe, über die Strasse zu gehen, ist eine Hilfe für Kinder oder auch für die älteren Leute. Denkt daran, auch diese Generation wird grösser und auch langsamer. Merci.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Mark Aellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Soziale Verantwortung, das ist eine wunderbare Sache. Nur wir haben unzählige Beweise, dass von den meisten die soziale Verantwortung nicht wahrgenommen wird. Wir haben mittlerweile Velofahrer, die meinen, rot ist nur etwas für die Autos. Und zwar viele Velofahrer. Viele Autofahrer finden, ah, Geschwindigkeitsbegrenzungen sind doch im besten Fall eine Empfehlung. Wenn dann mal jemand langsamer fährt, wird er «angehupt», bedrängt und niedergeschrien. Die Eltern werden es schon richten. Alle Eltern haben übrigens Zeit, ihre Kinder in die Schule zu bringen. Ganz klar. Also, soziale Verantwortung, eine wunderbare Sache!

Der andere Punkt ist: Der Gemeinderat hat uns nun einerseits gesagt, der Kanton bietet vielleicht eine Kostenbeteiligung. Im Bericht steht nicht «vielleicht». Im Bericht steht: «*Der Kanton bietet der Gemeinde eine Kostenbeteiligung von 50 % an.*» So geschrieben auf Seite 6 vom Bericht G. Nicht in der Vergangenheit, es interessiert mich nicht mehr, was die Vergangenheit gesagt hat. Mir ist der allgemeine, jetzige Bericht wichtig. Wenn ich dem, was drinsteht, nicht trauen kann, wo gehen wir hin? Muss es nun verhandelt werden oder nicht? Wenn es schon in diesem Punkt nicht stimmt, was dem Finanzverantwortlichen sicher bedeutungsvoll ist, wo stimmt es dann sonst bis jetzt nicht? Sind wir alsdann bald wieder in derselben Situation wie hier, dass man sagt, jetzt bestimmen wir es vielleicht,

dann kommen wir in einem Jahr wieder und sagen, diesen und jener Punkt haben wir auch nicht ganz richtig angeschaut? Also, ich bin wirklich schockiert. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Sandro Felice.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich würde gerne noch auf ein paar Voten antworten oder Fragen beantworten oder anders darstellen. Zur Frage von Franz Vogt, weshalb nun das mit der Lichtsignalanlage wieder aufs Tapet kommt, ist ganz einfach. Der Gemeinderat legt uns jetzt neue Erkenntnisse vor, weshalb die Insel nicht geht und welche Probleme es gibt. Deshalb muss man nun eine neue Variante prüfen. Das Zweite ist: Im KBU-Protokoll – ich habe auch wie Philippe Hofmann nachgelesen, habe alles angeschaut – steht nicht drin, dass die KBU empfiehlt nichts zu tun, sondern es steht drin, dass drei Varianten ausgearbeitet werden sollen, u. a. auch eine Lichtsignalanlage. Leider hat sich daraufhin der Einwohnerrat an der Sitzung, im Nachhinein gesehen zu sagen, auf diese Mittelinsel eingeschossen und wollte die anderen Varianten nicht mehr. Die KBU hat nicht empfohlen, gar nichts zu tun, sondern sie hat empfohlen, drei Varianten auszuarbeiten, die Kosten gegenüberstellen und Kosten-Nutzenanalyse vorzunehmen. Ich weiss nicht, wo du das gesehen hast, Andreas, aber es stand da etwas anderes.

Zu Niklaus Morat, dass eine solche Insel den Verkehr ausbremse. Wenn ich sehe, was alles verbreitert und getan wird, ist es nicht eine Insel, die den Verkehr ausbremst. Es wird derart eine Strasse verbreitert, dass das nicht der Fall ist.

Und noch zu Mehmet Can, wegen des Rückstaus und wegen des Staus: Einerseits steht in dem einen Bericht auch schon, wie man nachlesen kann, hat der Kanton es angeschaut. Es steht drin, dass eine Ampel zwanzig Sekunden rot ist, und es ungefähr zehn Autos rückstaut, dass es überhaupt kein Problem ist. Zudem ist zu sagen, dass, wenn Kinder über den Fussgängerstreifen gehen, die Autos ohnehin auch anhalten müssen. Eine Lichtsignalanlage kanalisiert ja, d. h. während sich drei, vier Kinder sammeln, können die Autos fahren. Es sind drei, vier Kinder, die gleichzeitig hinübergehen, als dass alle einzeln hinübergehen. Wenn eine solche Lichtsignalanlage rot war, dauert es meistens auch ein, zwei Minuten, bis sie wieder rot wird. Es ist nicht so, dass man sie andauernd auf Rot stellen kann. Man kann eine gewisse Wartezeit einstellen, bevor es wieder rot wird. Ich sehe es als völlig aus der Luft gegriffen, dass ein Rückstau entstehen soll. Notabene ist zu sagen, dass man an der Lichtsignalanlage an der Binningerstrasse, welche ein deutlich höheres Verkehrsaufkommen hat, auch keinen Rückstau zu den Schulzeiten feststellt, dass es deswegen einen Rückstau bis ins Dorf gibt. Der Verkehr stoppt kurz. Aber danach muss er zwangsläufig wieder stoppen an all den Kreiseln und Lichtsignalen oder weiter vorn. Insofern ist es überhaupt kein Argument. Deshalb sehe ich eigentlich kein Problem, zuzustimmen.

Noch zu den Kosten. In dem einen Bericht stand, eine Lichtsignalanlage kostet 200'000 Franken. Wir haben ein Budget für die Insel von 222'000 Franken. Der Kanton wird vielleicht nicht zu 50 % beteiligen, weil er es nicht als notwendig erachtet, steht auch drin, normalerweise würde er 50 % bezahlen, weil er findet, es sei nicht zwingend notwendig, er bezahlt vielleicht etwas weniger. Ich denke, Allschwil darf es für die Verkehrssicherheit wert sein. Danke schön.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Gut. Ich habe nun selbst noch eine kurze Wortmeldung. Und zwar muss ich in einem Punkt Claudia Sigel recht geben, es gibt zu viele Autos. Das ist einfach so. In einem anderen Punkt muss ich ihr aber leider widersprechen, nämlich, man kann das Verhalten der Autofahrenden steuern. Genau dafür gibt es ja die Option einer Lichtsignalanlage. Ich habe es selbst leider öfter schon erlebt, dass Autofahrende vor Fussgängerstreifen in Allschwil entweder gar nicht abbremsen, oder einfach im letzten Moment eine Vollbremse reissen. Ich selbst habe hier in Allschwil vor Jahren noch bei Herrn Herrmann gelernt «luege, lose, laufe». Ich hatte Glück, ich stehe noch ohne gebrochene Beine, ohne irgendwelche andere Unfälle da. Aber es muss bestimmt nicht so weit kommen. Insofern ist Eigenverantwortung etwas Wunderbares, funktioniert aber auch nur, wenn sich die Leute daranhalten und den Kopf einschalten. Das ist aber nun einmal erwiesenermassen nicht immer der Fall. So viel zu diesem Thema. Das wäre meine Wortmeldung gewesen.

Ich gebe in demselben Atemzug das Wort gerne weiter an Matthias Häuptli und anschliessend an Franz Vogt.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte noch einmal daran erinnern, weshalb wir hier über diese Querung sprechen und nicht über andere Schulwegübergänge an der Spitzwaldstrasse oder wo auch immer. Es geht hier um die Fabrikstrasse. Das ist eine Kantonsstrasse mit ungefähr 6'000 Autos pro Tag. Die Querung, um die es geht, ist ge-

wissermassen die einzige Querung, welche so prominent an einem Schulweg liegt, auf dem es weder eine Ampel noch eine Mittelinsel hat. Ich will noch einmal kurz erwähnen, weshalb es ein Problem ist. Mittelinsel – die meisten Fussgängerunfälle auf Fussgängerstreifen ereignen sich in der zweiten Hälfte, sprich ein Auto hält an, lässt jemanden, ein Kind oder auch Erwachsene, rüber, und auf der anderen Strassenhälfte hält jemand nicht an, z. T. auch beinahe unverschuldet, weil man manchmal, wenn es dumm läuft, den Fussgänger fast nicht sieht, weil sie aus dem Blickwinkel des Autos verdeckt sind. Das verhindert eine Mittelinsel.

Weshalb stehen wir nun an diesem Punkt, bei dem wir wiederum über die Lichtsignalanlage diskutieren. Vor acht Jahren stand es auch schon auf dem Tapet. Damals hat man uns erzählt, dass es nicht ginge, weil der Kanton es nicht wolle, und Normen und ich weiss, was noch. Es ging so weit, dass man behauptete, ein Lichtsignal, welches nicht oft genug rot sei, würde nicht mehr beachtet. Das sei sogar gefährlich für den Fussgänger. Ich weiss nicht, wer sich das ausgedacht hat, steht aber auch in einem Protokoll. Deshalb kam man auf diese Lösung, dass man eine Mittelinsel für machbar hielt. Nach all den Abklärungen sind wir unterdessen gescheitert, die Mittelinsel ist zu aufwendig, zu kompliziert und befriedigt nicht. Nun müssen wir eben zu dieser Lösung greifen, die man eigentlich von Beginn weg anvisiert hätte. Das ist nun mal in Gottes Namen diese Lichtsignalanlage. Sie hat auch gewisse Nachteile, aber es ist machbar. Die Frequenz lässt es zu. Es führt auch nicht zu einem Rückstau. Es wurde bereits erwähnt, das Thema kennen wir von der Binningerstrasse, es funktioniert auch. Nun muss man halt wirklich einfach mal eine Lösung haben. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gemeinderat Franz Vogt!

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich möchte mich nur noch entschuldigen, dass ich mich zuvor ein wenig nicht ganz klar ausgedrückt habe. Es steht tatsächlich im Bericht, dass sich der Kanton in beiden Fällen zu 50 % an den Kosten beteiligen wird. Aber wie zuvor besprochen, der Gemeinderat hat nicht auf Kostenbasis argumentiert.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Miriam Schaub.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende, lieber Andreas Bärtsch. Nur ganz kurz. Ich habe weder gesagt, ich würde ein Lichtsignal beim Migros Paradies fordern, noch geht das Kind mit dem Trottinett in die Schule. Ich kenne nämlich diese Familie. Und, Eigenverantwortung beim Schulweg ist natürlich ein wenig speziell. Denn Eigenverantwortung beim Schulweg funktioniert so, du bringst das Kind, es wird von den Eltern begleitet. Im besten Fall gehen zu Eltern zu Fuss, im schlechteren Fall gibt es das Elterntaxi. So wie ich dich hier auch schon verstanden habe, findest du diese auch nicht toll.

Melina Schellenberg, 2. Vizepräsidentin: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich möchte schnell etwas ergänzen, einfach, damit man ein paar Informationen aus der Vergangenheit zusammenträgt, die zur Klärung beitragen. Rückstau gibt es, 60 bis 70 Meter, steht genau hier. Man muss also schon auch alles lesen, wenschon man Dinge zitiert. Dass der Kanton sich zu 50 % beteiligt, ist, wenn eine Notwendigkeit vorgesehen wird. Im Bericht wird sonnenklar, unmissverständlich gesagt, dass der Kanton es nicht erachtet, und somit ist die Kostenbeteiligung null, nicht ein wenig. Das steht jedenfalls hier drin. Das Nächste ist, es gibt Normen, und für einen Fussgängerstreifen, Lichtsignalanlage benötigt man eine gewisse Anzahl Querungen.

Das sieht man z. B. im Bericht, der von der Bau- und Umweltschutzdirektion am 20.4.2018 eingereicht wurde. Darin wird lang und breit erklärt, was denn die damaligen Normen waren, die man für Fahrzeuge pro Spitzenstunde und Fussgänger pro Stunde, die für die Querung nötig sind, dass es gemäss Norm für eine Lichtsignalanlage reicht, errechnet hatte. Das ist die objektive Begründung, weshalb damals auch der Kanton sagte, dass man gemäss den damals geltenden Normen – vorbehältlich es hätte eine komplette Änderung gegeben, das weiss ich nicht auswendig – überhaupt zu wenige Leute, Querungen hat, damit man aufgrund der Reglemente eine Fussgängerstreifen-Lichtsignalanlage auch machen könnte. *Eine Anordnung einer FGLSA, Fussgängerstreifen-Lichtsignalanlage, als Massnahme, um bestehende Sicherheitsdefizite zu beheben, ist weder notwendig noch zweckmässig.* Das steht hier drin. Das sind doch genau die Dinge, an die wir uns halten müssen. Ob es richtig ist oder nicht richtig ist, ist ein Punkt, worüber man sich streiten kann. Das ist Norm. *Es gibt gewisse, vorhandene Normen, aus den vorgenannten Normvorgaben und Gründen sehen wir die Einrichtung einer FGLSA an keinem der Querungen als nötig, zweck- oder verhältnismässig.* Das ist die Aussage des Kantons. Vielleicht revidiert er sie, vielleicht macht er es anders. Ich möchte aber einfach sagen, wenn

ihr schon mit Argumenten hin und zurück kommt, das war die Aussage des Kantons zu seiner eigenen Strasse. Das muss man berücksichtigen und gehört auch in die Diskussion, damit man es weiss.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Roman Klausser.

Roman Klausser, AVP-Fraktion. Ja, Philippe, ich halte es für gut, wie du argumentierst. Wir sind aber eine Gemeinde, die Probleme hat. Wir haben ein Problem mit diesem Übergang. Dann gibt es vielleicht einen Moment, in dem man dem Kanton sagen muss, wir tun jetzt etwas, wir müssen etwas tun. Dann geht es nicht darum, bezahlt ihr dann noch ein Fünferli oder nicht, und müssen hier und dort zudem schauen, sondern irgendwann müssen wir handeln, ansonsten ist die Strasse in zehn Jahren noch genau gleich, weder ist eine Ampel noch ein Übergang noch sonst etwas vorhanden. Wir müssen jetzt einfach mal etwas machen und nicht sagen, das geht nicht, sie haben gesagt, jenes geht nicht. Das ist nicht der Weg. Wir als Gemeinde müssen jetzt mal sagen, jawohl, wir machen etwas, und dann müssen wir es auch machen. Dann müssen wir halt auch dem Kanton sagen, wenn ihr die Ampel so nicht wollt, dann reissen wir die Bäume weg und bauen dort eine ganz andere Kreuzung.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Sandro Felice.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Nun bin ich etwas verwirrt, denn Franz Vogt hat zuvor erwähnt, der Kanton würde auf jeden Fall 50 % bezahlen, und Philippe Hofmann hat nun etwas anderes gesagt. [*Stimmen im Hintergrund*] – Ja, okay. Aber im Bericht steht jetzt etwas anderes. Scheinbar. Das Zweite war: Ja, es gibt natürlich Normen, aber man kann auch mal etwas besser machen als die Normen. Man kann auch freiwillig etwas tun. Es ist nicht so, dass, wenn die Norm vorgibt, dass es zweckmässig ist, aber Allschwil zum Schluss kommt, dass es aufgrund der örtlichen Situationen, und weil dort ein Schulweg ist, nötig ist, man vielleicht andere Zahlen anwenden kann. Es geht nicht darum, dass es verboten ist, irgend so etwas zu machen. Es ist nicht so, dass es den üblichen Standards entspricht, bei denen man sonst unbedingt Massnahmen treffen sollte, müsste. Wenn wir nun aber sehen, dass es notwendig ist, und das sehen, glaube ich, auch viele Leute in Allschwil, dann ist es sicher kein Problem, dass wir es ausführen können.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. In diesem Fall wäre die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Ich musste mit Herrn Spinnler kurz abklären, wie wir die Abstimmung durchführen, denn wir haben zu diesem Geschäft drei Anträge. Der erste Antrag ist jener des Rats vom 4.12.19, bei dem wir eigentlich beschlossen hatten, dass die Mittelinsel weiter ausgearbeitet werden muss. Der zweite Antrag ist der Neue von Sandro Felice, ich sage dem Ampelantrag. Der dritte Antrag ist der des Gemeinderats, dass man, ganz einfach gesagt, eigentlich nichts macht. Wir werden nun die zwei Ersten, die ich erwähnte, einander gegenüberstellen. Und dann wird der Gewinner dem Antrag des Gemeinderats gegenübergestellt.

Gut, also. Ich erwähne den ersten Antrag. Das ist derjenige aus dem Rat hier vom 4.12.19, der lautet: Der Gemeinderat wird beauftragt, die Variante 3 minimal aus dem Kommissionsbericht, Geschäft Nr. 4313 F auszuführen – das ist eben Mittelinsel. Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

Jetzt stellen wir gegenüber! – Also, Mark Aellen!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Es tut mir leid, aber ich bin wirklich sehr verwirrt. Woher kommt der Antrag aus dem Jahr 2019?

René Amstutz, Präsident: Das ist der Auftrag, den wir hier im Rat gegeben haben, das letzte Mal, als wir – wenn ich es im Bericht des Gemeinderats richtig verstehe – beschlossen haben, und das habe ich nun auch im Protokoll dieser Sitzung angeschaut, dass wir den Gemeinderat beauftragen, die Variante 3 des Berichts der KBU weiter auszuarbeiten und die anderen zwei Varianten nicht.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Sandro Felice!

René Amstutz, Präsident: Warte, zuerst Mark Aellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Dann braucht es doch einen Rückkommensantrag? Also, sorry. Wir haben nun eine Vorlage zu diesem Auftrag, und diesen nehmen wir nicht an. Den weisen wir zurück, der

muss weiter ausgearbeitet werden. Das ist kein neuer Antrag. Es kam ein Bericht, den wir eventuell nicht annehmen. Oder eventuell annehmen. Wenn wir ihn annehmen ist okay, wenn wir ihn nicht annehmen ist auch okay? Entschuldigung.

René Amstutz, Präsident: Ja, nein, also, wenn es euch recht ist, würde ich vorschlagen, dass wir jetzt Pause machen, dann kann ich das mit dem Büro und dem Juristen sauber abklären. Also, wir fahren weiter um 19.55 Uhr.

PAUSE

René Amstutz, Präsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Nehmt bitte Platz. Wir haben es lang und breit diskutiert. Wir schlagen nun folgenden Ablauf vor: Ihr habt da ein Bild, das verschiedene Varianten zeigt, was passiert, wenn man ja oder nein stimmt zum Antrag des Gemeinderats und zum Antrag von Sandro Felice. Ich erkläre es. Wenn man den Antrag des Gemeinderats ablehnt und gleichzeitig den Antrag von Sandro Felice ablehnt, dann haben wir die Insel, weil die Ablehnung des Antrags des Gemeinderats heisst: Wir wollen eine Insel. Wenn man zum Antrag des Gemeinderats Ja sagt, dann wissen wir nicht, was wir unternehmen wollen, d. h. vielleicht nichts. Wenn wir eine Ampel wollen, müssen wir zum Antrag von Sandro Ja sagen. Das ist die zweite Ausgangslage. Wenn man nichts will, oder das, was der Kanton vorschlägt, was ohnehin kommt, müssen wir zum Antrag des Gemeinderats ja sagen, d. h. nicht weiterbearbeiten, und den Antrag von Sandro Felice ablehnen. Dann haben wir auch keine Ampel.

Wir werden folgendermassen vorgehen: Wir werden zuerst über den Antrag des Gemeinderats abstimmen. Anschliessend über den Antrag von Sandro Felice. Wir werden das Bild weiterhin einblenden, damit ihr es immer präsent habt. Ich hoffe, dass es klappt.

Also, Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats. Es sei denn, es gäbe nun Verständnisfragen aus dem Rat. Das ist nicht der Fall. Also gehen wir zur Abstimmung über den **Antrag des Gemeinderats**, Seite 8.

Gestützt auf diese Ausführung beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Die Ausführung der **Mittelinsel** wird aufgrund der erwähnten Hindernisse wie Landerwerbsverhandlungen und wegen des Wegfallens von drei Bäumen **verworfen**. Wer dem zustimmen möchte, soll das jetzt mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben den Antrag des Gemeinderats mit 29 Ja, 6 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

René Amstutz, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag von Sandro Felice**. Es wäre gut, wenn man den einblenden könnte, zusätzlich zur Notiz, die wir gemacht haben. Sehr gut, besten Dank. Ich muss den Antrag noch einmal lesen, also wer den Antrag von Sandro Felice annehmen möchte, ich erwähne noch einmal, wie er lautet.

Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, bei der Kreuzung Fabrikstrasse / Lettenweg eine **Lichtsignalanlage** für den Fussgängerstreifen zu planen und umzusetzen, und über den Investitionskredit Ziffer 6150.15.61, Insel Fabrikstrasse neu, über 222'000 Franken abzurechnen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll es jetzt mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben den Antrag von Sandro Felice mit 25 Ja, 9 Nein und 2 Enthaltungen angenommen. Das bedeutet, wir haben die Variante Ampel angenommen.

René Amstutz, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft als Ganzes. Wer das ganze Geschäft abschliessen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben das Geschäft grossmehrheitlich, 1 Gegenstimme, keine Enthaltung als Ganzes abgeschrieben.

René Amstutz, Präsident: Ich habe gehört, dass Patrick Kneubühler einen **Antrag zur Traktandenliste** stellen möchte. Patrick Kneubühler, bitte.

Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion: Danke schön. Liebe Ratsmitglieder. Weil Florian Spiegel heute nicht anwesend ist und wir nicht damit gerechnet haben, dass wir überhaupt bis zum Traktandum 12 kommen, möchten wir den Antrag stellen, das Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben.

René Amstutz, Präsident: Danke für diesen Antrag. Für die Änderung benötigt es eine 2/3-Mehrheit. Möchte jemand vom Rat etwas dazu sagen? Sonst kommen wir sogleich zur Abstimmung. Also niemand ... doch, Niklaus Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Es wäre vielleicht spannend von den Fraktionschefs/-chefinnen zu hören, ist es wirklich umstritten. Es sind eigentlich zwei klare Dinge, die Florian Spiegel möchte. Ich weiss es nicht, wie es die anderen Fraktionen sehen. Das wäre noch spannend.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gibt es Wortmeldungen dazu? Claudia Sigel!

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich gehe gerne auf das, was Niklaus gerade gesagt hat, ein. Wir würden es annehmen. Es wäre für uns kein Thema. Ja, ich halte es für gut, wenn wir uns alle einig sind, könnten wir es auch abhandeln.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ah, Urs Pozivil, Entschuldigung.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei uns gibt es auch keinen Diskussionsbedarf. Wir sind einfach zur Kenntnisnahme. Ich nehme aber an, Florian will vielleicht noch persönliche Worte sagen. Deshalb halte ich es für schon richtig, dass man es verschiebt. Denn, ich glaube, es geht eher darum, dass man ihm vielleicht die Plattform geben sollte. Ich habe zwar nicht mit Florian gesprochen, aber ich gehe davon aus, dass er etwas sagen will. Deshalb, denke ich, ist es schon gut, dass man es verschiebt.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

René Amstutz, Präsident: Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Ich erwähne es noch einmal. Wir benötigen eine 2/3-Mehrheit, wenn man das Traktandum auf die nächste Sitzung verschieben möchte. Wer dafür ist, das Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben, soll das jetzt mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Wir haben 18 Ja, 3 Nein, 15 Enthaltungen. Die 2/3-Mehrheit liegt bei 24, wenn ich es richtig gehört habe. Somit ist der Antrag abgelehnt.

René Amstutz, Präsident: Somit kommen wir zu diesem Geschäft, zum neuen Traktandum 11.

Ah, vielen Dank für den Reminder, wir haben eigentlich Fragestunde und Info-Runde. Danke Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli. Also, zuerst das Info-Fenster!

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Robert Vogt!

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich darf Sie heute kurz darüber orientieren, wie der Gemeinderat in der **Immobilienstrategie** vorwärtsgekommen ist. Wir haben Ihnen ja bereits 2017 die letzte Immobilienstrategie vorgelegt. Ein paar Jahre später haben Sie, der Einwohnerrat, uns, dem Gemeinderat, den Auftrag gegeben, die Immobilienstrategie zu überarbeiten. Aufgrund der wichtigen schulraumplanerischen Tätigkeiten hat sich die Schulraumplanung stark verzögert, das Zwischenresultat aber liegt heute vor. Ich werde es Ihnen kurz mündlich mitteilen. Wir haben die strategischen Ziele bereits im Gemeinderat verabschieden können. Aber da war zu wenig Fleisch am Knochen, um Ihnen einen Bericht vorzulegen. Deshalb werde ich es kurz, wie gesagt, mündlich tun.

Wir haben sechs themenorientierte Bauten definiert, das ist in der **Kategorie Bildung** abgelegt. Das ist unschwer zu erkennen, dass ich dazu nichts erklären muss, das ist unsere Priorität 1, Platz für den Schulraum für Kinder ab August 2024. Wir haben aber auch eine zweite Kategorie festgelegt, die heisst **Kultur, Freizeit und Sport**. Darunter werden Sie demnächst das Geschäft des Heimatmuseums im Einwohnerrat behandeln können. Wir haben eine dritte Kategorie **Umwelt und Klima** eröffnet. Wenn man z. B. neu nun auch mit den Wärmeverbänden, die in Allschwil stark ausgebaut werden, auch eine Wärmezentrale auf dem Gemeindeareal errichten werden. Es gibt auch einen **Service public**, worunter die Verwaltungsbauten fallen. Da ist ebenso in Zukunft ein Ausbau notwendig. Deshalb ist es auch eine essenzielle Kategorie. Jetzt folgen die zwei wirklich spannenden, weiteren Kategorien. Das ist nämlich die **Liegenschaftspolitik**, denn wir, die Gemeinde Allschwil, verfügen über sehr wenig Landreserven und können dadurch nicht gross in die Zukunft planen. Ich vermute sogar, dass baselstädtische Organisationen mehr Grundstücke besitzen als wir. Denn sie haben einfach Areal wie das BaseLink-Areal, Schrebergärten an der Parkallee oder am Schützenweg und entwickeln auch am Allschwiler Weiher einen Quartierplan. Solche Flächen würde ich mir auch wünschen. Damit wir es aber entwickeln und in Zukunft Reserven für das Wachstum von Allschwil zur Verfügung stellen können, möchten wir auch die Liegenschaftspolitik in den Fokus stellen. Zuletzt ist die sechste Kategorie **Gesellschaftstrends**. Die sind, wie der Name schon sagt, natürlich vollkommen offen, was dabei herauskommen wird. Ich kann Ihnen aber versichern, dass die Verwaltung jetzt vom Gemeinderat den Auftrag erhalten hat, diese strategischen Themen nun bezüglich Bedarf auszuweisen. Wenn wir alsdann den Bedarf kennen, wird der Gemeinderat darüber bestimmen, wo und was wir in den nächsten Jahren prioritär ausbauen oder was wir auf der Strecke liegen lassen. Das, meine Damen und Herren, werden wir Ihnen möglichst bald als Bericht vorlegen. Dann können Sie sich auch echt dazu äussern. Gegenwärtig empfehle ich, es so zur Kenntnis zu nehmen und stehenzulassen. Besten Dank.

Melina Schellenberg, 2. Vizepräsidentin: Gibt es weitere Informationen des Gemeinderats? Das scheint nicht der Fall zu sein.

FRAGESTUNDE

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Sodann kommen wir zur Fragestunde. Wer Fragen hat, soll die Karte erheben und die Frage noch einmal stellen, auch wenn sie schon per Mail gesandt wurden, damit wir sie auch fürs Protokoll haben. Bitte.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Jetzt gleich aus aktuellem Anlass, weil Robert Vogt zuvor über die Immobilienstrategie gesprochen hat: Wäre es für die Gemeinde denkbar, auch, oder hat man sich im Gemeinderat darüber Gedanken gemacht, das Defizit im Landbesitz, welches gerade genannt wurde, auch auszugleichen, indem man z. B. darüber nachdenkt, dass man Grundstücke erwerben könnte?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Robert Vogt!

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank für diese Frage, geschätzter Lucca. Es ist so, dass wir selbstverständlich eben im Rahmen unserer Möglichkeiten genau das in Zukunft tun möchten. Das kann ich aber heute bis jetzt nicht beantworten, bevor wir den Bedarf nicht kennen. Wir werden keine Grundstücke einfach auf Halten kaufen.

Melina Schellenberg, 2. Vizepräsidentin: Das Wort hat Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Gemeinderat. Ich durfte und ich habe im November eine kleine Anfrage, unter dem Titel «Lebendiges Vereinsleben aktiv unterstützen» eingegeben. Es ging darum, dass in der dunklen Jahreszeit, jetzt, da Pausenplätze nicht gebraucht werden, sie als Parkraum zu nutzen für all die Gruppen, die nun mit Handorgel und Guggenmusik auf diese Pausenplätze fahren, denn jetzt werden die Pausenplätze im Dunkeln auch nicht von Kindern benutzt. Analog, früher im Bettenacker war es Usus, dass die Handorgeln und Guggen auf den Platz fahren konnten und einen kurzen Weg hatten, die grösseren Instrumente hereinzutragen. Ich weiss nicht, habe ich diese Antwort verpasst oder kommt sie noch? Was wissen die Vereine mittlerweile darüber?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gut, wer möchte Antwort geben? Das wäre noch einmal Gemeinderat Robert Vogt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Diese Frage können wir bislang nicht beantworten, weil noch ein Bericht aussteht. Sobald wir Ihnen diesen Bericht eröffnen, werden die Fragen auch beantwortet.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gut. Als Nächstes hat Matthias Häuptli das Wort.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe eine Frage zur Anwohnerparkkarte. Die musste man bekanntlich für das letzte Jahr zum ersten Mal lösen müssen. Die Gültigkeit endete per 31.12. Am Neujahr konnte man unschwer feststellen, dass viele Anwohner keine neue Karte gelöst haben. Man musste es neu beantragen und den Fahrzeugausweis noch einmal hochladen. Erste Frage: Der Presse konnte man entnehmen, dass die Gemeindepolizei bereits am 4. Januar viele Bussen wegen abgelaufener Parkkarten ausgestellt hat. Hält das der Gemeinderat für verhältnismässig und angemessen? Frage 2: Gedenkt der Gemeinderat, diesen Prozess zur Erneuerung der Karte ein wenig bürgerfreundlicher zu gestalten? Z. B. könnte man, weil es online bearbeitet wird und alle E-Mail-Adressen besitzt, wenigstens allen Inhabern einer Karte einen Reminder senden, dass es abläuft. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke, Matthias, für diese Frage, die allerdings etwas spät eintraf. Wir haben es aber doch noch geschafft, etwas zusammenschustern. Antwort 1 zu Frage 1: Jawohl, der Gemeinderat hält es für richtig, verhältnismässig und angemessen, wie es gehandhabt wurde. Eine Karenzfrist oder sonst etwas, was man tun könnte, ist nicht unbedingt die Lösung. Wir haben dieselbe Situation mit der Autobahnvignette. Die muss man kaufen, am 31. ist sie gültig und am 1. ist sie nicht mehr gültig. Ob es nun der 31. Januar oder 31. Dezember oder was auch immer ist, wir haben einen Stichtag, den es nun mal gibt, und ab dem nächsten Tag ist er nicht mehr da und es wird kontrolliert. Übrigens wurde in der Parkraumbewirtschaftung auch festgelegt, was wir dem Einwohnerrat auch zur Kenntnis gegeben haben, dass gewünscht wird, ein- bis zweimal pro Woche eine Kontrolle durchzuführen. Hätte man es am 4. nicht gemacht, hätte man es am 5. oder 6. gemacht, aber man hätte es ohnehin gemacht. Das nahm der Einwohnerrat so zur Kenntnis genommen und war damit einverstanden. Deshalb führen wir diese Kontrollen auch durch.

Zweite Antwort, der Prozess: Man muss dazu festhalten, im AWB und auf der Homepage ist anfangs Dezember erklärt und gesagt worden, bitte denkt daran, dass ihr eure Karte erneuern müsst. Das war nicht einfach aus der Luft gegriffen. Wir haben sogar das AWB genutzt, um dies zu tun. Nicht nur auf unserer Homepage darauf verwiesen. Was wir unternehmen können, ist, wir können bereits im Oktober und November darauf hinweisen. Das kann ich mitnehmen. Das ist möglich. Was hingegen nicht möglich ist, das mussten wir abklären, ist, dass aufgrund des Software-Anbieters wir ein Massenmail rausbauen. Das ist so nicht vorgesehen, es gibt gar keinen Ablauf darin. Es kann das nicht machen. Man müsste zuerst herausfinden, wie man es generieren, wie man es machen könnte, damit man Massenmails versenden könnte, an alle, die sie haben. Da bin ich jedoch klar der Meinung, es ist eine Holschuld, siehe Autobahnvignette. Ich kann gleich daran erinnert gefühlt, ich selbst habe auch noch keine, ich muss die auch noch lösen, sonst falle ich sowieso rein. Das ist wieder genau dasselbe. Wenn man im vergangenen Jahr eine brauchte, muss man in diesem Jahr daran denken, im nächsten Jahr daran denken und übernächstes Jahr eben. Ich möchte auch nicht zusätzliche Kosten generieren, wie A-Porti wären da auch noch oder E-Mails, falls die E-Mail-Adressen überhaupt erfasst sind. Das ist so als Einzelprojekt nicht vorgesehen. Was man hingegen machen müsste oder woran wir

arbeiten, ist innerhalb des Projekts Digitalisierung der Gemeinde. Da gibt es – das ist aber nicht mein Ressort, das geht dann zu Andreas Bammatter – diverse Prozesse und Zugänglichkeit, bei denen die Bürger dann zur Gemeinde, bei denen man schauen kann, was kann man automatisieren, was kann man optimieren, was kann man vereinfachen. Falls wir etwas tun, dann würde man es innerhalb dieser Bearbeitungsphase oder dieser Prozessanalyse tun, aber nicht losgelöst, weil es aufgrund der vorliegenden Software so nicht möglich ist.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Martin Imoberdorf.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Geschätzter Gemeinderat. Ich habe zwei Fragen deponiert, auch etwas spät, tut mir leid. Das Eine ist eine kleine Anfrage aus 2022 betreffend Fitness für alle. Es ging um Fitnessgeräte für ältere Einwohnerinnen und Einwohner, für die der Gemeinderat damals Möglichkeiten ins Auge fasste im Rahmen des Quartierplans Wohnen Wegmatten und im Bereich Alterszentrum am Bachgraben. Ich wollte einfach mal nachfragen, ob die Kontaktaufnahmen erfolgten, was die weiteren Schritte sind und es vielleicht einen ersten Frühling erleben könnte. Die zweite Frage betrifft die Begegnungsangebote auf Sitzbänken. Da ging es um ein Sitzbankkonzept, analog etwa der Gemeinde Reinach. Dazu auch die Frage: Sind bereits Aufträge erfolgt und gibt es Ansätze oder konkrete Umsetzungspläne? Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Gemeinderat Robert Vogt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Wir haben bereits ein klares Beispiel, welches wir jetzt anführen können. Nämlich wird auf der Plumpi-Spielwiese, in der Nähe des Waldes, genau dieser Spielplatz neu ausgerüstet. Es wurde eine Begleitgruppe eingesetzt, die genau dafür sorgt, dass das Angebot eben für alle Altersgruppen gerecht umgebaut wird. Ich glaube, das ist das beste Beispiel dafür, dass wir nun die Konzepte alle richtig ernst nehmen und das bei jedem Projekt automatisch berücksichtigt wird. Wir haben aber, um noch auf die zweite Frage zurückzukommen, betreffend Kultur im öffentlichen Raum, Begegnungsangebote auf Sitzbänken, noch nichts gemacht, weil wir wegen der Schulraumstrategie sehr stark beansprucht sind und alle Mitarbeiter versuchen, die kurz- und mittelfristige Schulraumplanung aufzugleisen. Deshalb haben wir jetzt solche Dinge, die zwar offen gestanden, nicht sehr viel zu tun geben, aber solche Dinge haben wir nun auf die Seite gestellt und stellen sie in der Priorität zurück.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Als nächster hat Christian Jucker das Wort.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ich habe zwei Fragen. Die Erste ist zu den privatrechtlichen Anstellungen bei der Gemeinde. Ich habe gesehen, dass für das Heimatmuseum eine befristete Stelle ausgeschrieben ist, welche laut Aussage der Gemeinde eine privatrechtliche Stelle ist und damit nicht im Stellenetat erscheint. Ich habe hierzu ein paar Fragen, denn ich finde die privatrechtlichen Stellen weder im Budget noch in der Rechnung, und es ist unklar, wie viele Leute eigentlich in diesem Verhältnis beschäftigt sind. Die erste Frage ist: Wie viele Stellen/Stellenprozente sind privatrechtlich besetzt? Die Zweite: Für welche Jobprofile wird diese Anstellungsform nebst dem Reinigungspersonal verwendet? Sind diese Jobs alle befristet oder gibt es noch andere Varianten, temporär, Stundenbasis oder was auch immer? Welchen Kostenaufwand haben wir mit diesen privatrechtlichen Stellen?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Das Wort hat Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, lieber Christian. Die Frage beantworte ich gerne. Gleich zur ersten Frage, wie viele Stellen/Stellenprozente privatrechtlich besetzt sind. Wir müssen natürlich einen Zeitpunkt nehmen. Wir haben den Zeitpunkt 31.12.23 genommen. Zu diesem sind, kann ich sagen, in der Gemeinde Allschwil 144 Personen privatrechtlich angestellt. Zur zweiten Frage, für welche Jobprofile nebst Reinigungspersonal es angewandt wird, kann ich sagen, dass grundsätzlich folgende Rollen oder folgende Anstellungen mit einem privatrechtlichen Vertrag angestellt werden. Das sind alle Lernenden und Praktikanten/Praktikantinnen, sind Sonntagsbadmeister, sind Betreuungspersonen Tagesfamilie, Kursleiter/Kursleiterinnen freiwilliger Schulsport, Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen Schwimmbegleitung, Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen Betreuung Tagesstrukturen, also sog. Springer, und das Reinigungspersonal. Ferner werden im Fall von Langzeitabsenzen, wenn wir es zu verzeichnen haben, von öffentlich-rechtlich Angestellten temporäre Einsätze bereitgestellt und zur Verfügung gestellt, sofern die Arbeitsleistung nicht mit dem bestehenden Personal erbracht werden kann. Das sind dann auch privatrechtlich Angestellte. Zur Frage, ob die alle befristet sind oder ob es auch andere Varianten gibt,

kann ich sagen, mit Ausnahme der Lernenden und den befristeten Anstellungen infolge der Langzeit-abwesenheiten sind die privatrechtlichen Anstellungen unbefristet. Die letzte Frage habe ich im Ursprungskontext nicht ganz verstanden, jetzt, mit deinen mündlichen Ausführungen, meine ich, hätte ich sie verstanden bezogen auf die Kosten. Dazu kann ich sagen, im Budget 24 sind die Lohnkosten für privatrechtlich angestellte Mitarbeitende in der Kostenart 3010 berücksichtigt. Gesamthaft ist im Budget 24 ein Wert von 2,07 Mio. erfasst. Das sind ungefähr 10 % der Lohnkosten in der Kostenart 3010. War das die Frage zu den Kosten?

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, super, Danke schön. Die Anzahl hat mich doch gerade überrascht, die 144 Personen. Zweite Frage: wie weiter bei den Tagesstrukturen? In der letzten Sitzung im Dezember haben wir den Umbau der Tagesstrukturen, also den Umbau des Gartenhofs, entsprechend abgelehnt. Dazu wäre die Frage: Wie geht es weiter, ist weiterhin ein Umbau, eine Umgestaltung oder Reorganisation geplant? Wenn ja, wie sieht der Zeitplan aus, bei wem liegt das Projekt und wie geht es weiter?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Fürs Protokoll, das war noch einmal Christian Jucker. Das Wort erhält noch einmal Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzter Präsident. Auch diese Frage beantworte ich gerne. Wie Sie alle wissen, durften oder mussten wir bei meinen Ausführungen des Gemeinderats im Kontext der Schulraumplanung feststellen, gerade bezogen auf die Tagesstrukturen, dass wir von teilweise anderen Voraussetzungen ausgingen. Das sind zwei Punkte, die wir feststellen mussten. Einerseits haben wir festgestellt, dass gemessen an der tatsächlichen Auslastung bezogen auf die Tagesstrukturen zu viel Raum bei den Tagesstrukturen zur Verfügung steht, und wir deshalb auf die Idee kamen, sie ein wenig zu verkleinern, sodass die Schule einen Platz erhalten könnte. Der zweite Punkt, den wir festgestellt haben, ist, dass die vorhandenen Tarife leider nicht ganz durchdacht sind, ich nenne es mal so. Es gibt Fälle, in denen subventionierte Eltern mehr Gebühren bezahlen müssen als nicht subventionierte. Genau an diesen zwei Punkten möchten wir arbeiten. Deshalb haben wir genau genommen diesen Umbau, die Umgestaltung, Reorganisation der Tagesstrukturen Gartenhof ins Auge gefasst und auch ins Budget aufgenommen. Leider wurde der Betrag, also die Budgetposition, gestrichen. Nun wird es natürlich, gerade was den Umbau, die Umgestaltung der Tagesstrukturen betrifft, etwas schwierig, wenn wir kein Geld haben.

Weiterhin ist aber die Anpassung der Betriebs- und Gebührenordnung der schulergänzenden Tagesstrukturen vorgesehen, konkret bezogen auf die Thematik «Reduktion der Mindestbelegung», was, wie wir gehört haben, sich viele Eltern wünschen, dass die Anforderung, wie viele Male man die Kinder bringen muss, nicht mehr vorhanden ist, sondern dass man dabei mehr Freiheiten hat. Das andere ist, dass man die Tarife anpasst, primär erhöht. Der Zeitplan, bezogen auf die Betriebs- und Gebührenordnung ist so, dass wir an der Arbeit sind, dass der Gemeinderat die neue Betriebs- und Gebührenordnung voraussichtlich am 17.4.24 sollte, sollte, genehmigen können, und sie dann ab Schuljahr 24/25, ab August dieses Jahres, in Kraft gesetzt und umgesetzt werden sollte. Ich hoffe, das waren die Antworten.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gibt es weitere Fragen oder Wortmeldungen? Niklaus Morat!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe auch zwei Fragen eingegeben. Bei der ersten Frage geht es um ein Postulat, welches man am 7.12.22 dem Gemeinderat überwiesen hat. Es geht um Feuerwerk, Alternativen zum Feuerwerk in Allschwil, auch an der Bundesfeier und selbstverständlich auch Silvester. Wir haben bis jetzt dazu noch keine Antwort erhalten, obwohl es bereits über ein Jahr überwiesen ist. Ich wollte einfach fragen: Gibt es schon Ideen, was man machen will und könnte man, das ist die zweite Frage, auf die nächste Bundesfeier hin, die Bevölkerung informieren und allenfalls sogar ein wenig sensibilisieren? Ich habe danach noch eine zweite Frage. Soll ich sie gleich jetzt stellen?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Ich würde sagen, zuerst die Erste und anschliessend direkt die Zweite. Somit hätte jetzt Philippe Hofmann das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Das Geschäft wurde heute im Gemeinderat behandelt. Der Bericht an den Einwohnerrat wird somit verabschiedet

und kann jetzt im Büro traktandiert werden. Für alles andere, weitere ist der Einwohnerrat selbst zuständig, wie schnell die Traktandenliste behandelt wird. Aber es ist behandelt.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Niklaus Morat hat noch einmal das Wort für die zweite Frage.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Die zweite Frage wurde bestimmt schon einmal hier in einer Fragestunde gestellt, es geht um die Wertstoffsammelstelle Spitzwaldstrasse, Höhe Elco-Park. Wir bekommen immer wieder zu hören, dass Leute, wenn sie ihre Büchsen oder Gläser zurückbringen, von Anwohnenden gebeten werden, es woanders zu entsorgen, das sei nicht öffentlich. Wir gehen immer davon aus, das ist öffentlich und die Anschlussfrage wäre: Weshalb ist die Wertstoffsammelstelle nicht in der Allschwiler Agenda? Alle anderen sind aufgeführt, nur diese nicht. Besten Dank.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gemeinderat Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Auch dies ist richtig so. Jawohl, gemäss Vertrag mit der Stockwerkeigentümergeinschaft ist es eine öffentliche Sammelstelle. Dass sie nicht auf der Internetseite aufgeschaltet wurde, ist schlicht ein Versäumnis unsererseits. Wir haben das bisher nicht getan, das ist so. Dementsprechend steht es vielleicht auch nicht im Kalender. Das hat natürlich eine Kongruenz miteinander. Was wir unternehmen können, ist, wir können es korrigieren und selbstverständlich auf der Internetseite aufschalten. Der Kalender ist bereits gedruckt und raus, darauf können wir es nicht mehr korrigieren, mea culpa, es ist passiert. Aber es ist eine Öffentliche.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: In diesem Fall noch einmal eine Folgefrage von Niklaus Morat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ja, eher eine Bemerkung. Als ich den neuesten Kalender erhalten habe, schaute ich es wieder an, ich bewahre ihn immer an demselben Ort, und habe festgestellt, dass ich zwei alten Kalender vom 22 und 23 noch habe. Auch darin sind sie nicht aufgeführt. Also wirklich, führt sie darin auf. Jetzt selbstverständlich online und nächstes Jahr sollte es noch eine gedruckte Version geben, auch darin. Dann ist es für alle klar. Danke schön.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Möchte der Gemeinderat sich noch einmal dazu äussern?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Das möchte er nicht, nein.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Wunderbar. In diesem Fall hat Jean-Jacques Winter das Wort.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Ich habe gerade die Wochenzeitung für Allschwil vor mir, Ausgabe der letzten Woche. Darin sind auf den ersten paar Seiten ganz prominent zwei grosse Anlässe, die in Allschwil durchgeführt wurden, erwähnt, mit Fotos und Text beschrieben. Einerseits der Drei Königs-Apéro und andererseits der KMU-Abend am Hegeheimermattweg. Ich lese hier, dass die Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli Grussworte der Allschwiler Exekutive überbringt. Ich lese in beiden Texten, dass erwähnt wird, z. B. Schulraumplanung, mit Zahlen von Steuererhöhung, mit Zahlen, was es kosten könnte, worüber ich staune. Wir hier haben noch nie ein Papier gesehen, mit den Vergleichszahlen von dem zum anderen. Heute kommt eine Motion rein, die das nun plötzlich will. Die hätten wir eigentlich vor den Abstimmungen im November / Dezember haben müssen. Ich staune, dass man hier jetzt ein wenig das Thema vierter Schulstandort, ich sage fast ein wenig für Abstimmungskampf, beginnen kann. Ich lese des Weiteren darin, dass – schnell aufpassen: *Während sich die übrigen Redner des Abends bezüglich Gemeindevahlkampf eher zurückhielten, machte Nüssli, deren Amtszeit in der Allschwiler Exekutive im Sommer aufhört, Werbung für fünf bürgerliche Gemeinderatskandidaten. KMU-Präsident Näf gab sich etwas neutraler und nannte keine Namen.* Wahlkampf: Es wurden fünf bürgerliche Kandidierende namentlich erwähnt. Es wurden sechs nicht erwähnt. Auch das sind bürgerliche Leute oder gar Bürger von Allschwil. Meine Anfrage nun ist ganz einfach: Wurde das Grusswort im Gesamtgemeinderat abgesprochen? Hat der Gesamtgemeinderat es miteinander debattiert, was abging? Ich frage mich wirklich, ob man mit einem solchen Grusswort Wahlkampf und Abstimmungskampf machen darf. Ich bin etwas erschrocken, und ich war nicht die einzige Person. Merci.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Wem darf ich das Wort geben? Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli!

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, lieber Schaggi, ich bin erstaunt. Ich bin wirklich erstaunt über dein Votum. Und zwar bin ich deshalb erstaunt, weil ich merke, dass du nicht einmal mehr weisst, was du im Dezember und November hier im Einwohnerrat gehört und gelesen hast. Die Schulraumplanung wurde hier präsentiert, du hast gesehen, wie viel drei Standorte kosten und wie viel vier Standorte kosten. Du musst nun mal nicht alles, was du liest, für bare Münze nehmen. denn nicht alles, was du darin liest, auch stimmt. Wir haben hier gesagt, der Dreierstandort kostet 90 Mio., ein Viererstandort kostet 107 Mio. Genau das haben wir gesagt. Wenn man die 20 Mio. Boden noch hinzuzählt, sind es 127 Mio. Das wurde hier stets genau so gesagt, so präsentiert. Noch einmal, ich bin sehr erstaunt, dass du dich nicht mehr daran erinnern kannst. Vielen Dank.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gibt es weitere Fragen oder Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. – Jean-Jacques Winter noch einmal!

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe zuvor nur gesagt, der Einwohnerrat hat das nie schriftlich gesehen, konnte nie darüber befinden. Der zweite Teil, der Teil, dass man Leute, die präsent waren, nicht erwähnt hatte – meine Frage war: Hat der Gemeinderat, die Exekutive, es mal miteinander besprochen? War es wirklich so abgemacht, das Grusswort entsprechend der Bevölkerung und KMU so zu bringen?

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli!

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es wäre das allererste Mal, wenn man eine Grussbotschaft im Gemeinderat abnähme und diskutierte, was man sagen darf. Beim KMU sind wir unter uns, waren wir unter uns Bürgerlichen. Pascale, es tut mir sehr leid, dass ich dich vergessen habe, das ist mir untergegangen, wirklich untergegangen. Ich hoffe, du kannst das entgegennehmen. Das ist so, ja, aber ich hätte dich auch aufzählen müssen. Es ist mir gleich, nachdem ich das Wort weitergegeben habe, aufgefallen. Ja, aber du hast ein grossartiges Plakat, und ich denke, ja, der Wahlkampf wird laufen.

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gut. Ich frage noch einmal. Gibt es Wortmeldungen oder weitere Fragen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Sodann würden wir mit der Traktandenliste weiterfahren.

René Amstutz, Präsident: Vielen Dank. Wir kommen zum neuen Traktandum 11 mit sehr langem Namen. Es sind mehrere Geschäfte.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 11

Bericht des Büros des Einwohnerrates vom 22.5.2023 und 23.10.2023, zur Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, sowie Beantwortungen zum Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 16.6.2021, betreffend Geschäftsreglement § 16 Büro, Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 16.6.2021, betreffend Geschäftsreglement § 22 GPK und Verfahrenspostulat der Geschäftsprüfungskommission, vom 21.11.2022, betreffend § 22 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates (zusätzliche Kompetenz für die Geschäftsprüfungskommission), 2. Lesung Geschäftsvertretung: ER-Büro, Geschäft 4373C, 4572/A, 4574/A, 4650/A

René Amstutz, Präsident: Ich frage zuerst das Parlament oder den Rat: Liegen neue Aspekte vor? Ich hätte vom Büro neue Aspekte, einfach, damit es hier erwähnt ist. Wir haben aufgrund der Diskussion an der 1. Lesung den Antrag zur Begrenzung der Fragestunde zurückgezogen. Deshalb findet ihr dies nicht mehr im Bericht. Der Antrag ist nicht mehr vorliegend. Zu anderen Sachen haben wir Ergänzungen eingebracht, die stehen im Bericht. Wenn ihr es wünscht, kann ich nachher, wenn wir in der Paragrafenberatung sind, Antworten dazu geben. Voilà. Ich eröffne die allgemeine Beratung.

Möchte sich schon jetzt jemand äussern? Sonst gehen wir zur paragrafenweisen Beratung. Also keine Wortmeldung. So gehen wir zur 2. Lesung.

Synopse Teilauszug aus dem
GESCHÄFTSREGLEMENT DES EINWOHNERRATS ALLSCHWIL

§ 16 Seite 1

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: René Amstutz!

René Amstutz, Präsident: Nein, nein

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: In diesem Fall also keine Wortmeldung.

§ 22 Geschäftsprüfungskommission, GPK Seite 3

Melina Schellenberg, 1. Vizepräsidentin: Gibt es Wortmeldungen zu § 22? Das scheint auch nicht der Fall zu sein.

René Amstutz, Präsident: Also, wir kommen, da es keine Wortmeldungen gibt, zu den **Anträgen des Büros**, Seite 7.

Gestützt auf diese Ausführung beantragt Ihnen das Büro des Einwohnerrats zu beschliessen:

1. Die Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrats wird beschlossen. Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://

Es ist einstimmig angenommen.

Eigentlich müsste man jetzt über die Anträge und die Änderungen im Reglement abstimmen. Da sind wir nun etwas schnell durchgegangen. Wir sind etwas zu schnell durch die Synopse gegangen. Es tut mir leid. Ich möchte gerne, dass man über die einzelnen Anträge abstimmt, denn es gibt auch Gegenanträge des Büros. Ich kann nun nicht die Postulate als erledigt betrachten oder so. Also, wir müssen noch einmal – es tut mir leid, ich hatte ein wenig eine Verwirrung mit den Dokumenten auf dem Computer – wir müssen aber noch einmal auf die Synopse zurückkommen. Wir stimmen bei jedem Antrag ab.

Also, wir kommen noch einmal zurück auf die Synopse, bitte. Und bitte entschuldigen Sie die Verwirrung.

§ 16 Büro

Hier haben wir das Geschäft 4572 und **den Antrag von Florian Spiegel**, der lautet:

Es budgetiert die Parlamentsausgaben. Als neuen Absatz m).

Die Empfehlung des Büros ist, den Antrag abzulehnen. Das steht im Bericht, wir haben es argumentiert. Nun müssen wir über diesen Antrag von Florian Spiegel abstimmen. Ich erlaube mir noch einmal zu fragen, ob es Voten dazu gibt. Ich sehe keine Wortmeldungen, somit kommen wir zur Abstimmung. Wer den Antrag von Florian Spiegel annehmen möchte, ich sage noch einmal, d. h. einen neuen Absatz m): «Es budgetiert die Parlamentsausgaben», ins Reglement einfügen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://

Ihr habt den Antrag von Florian Spiegel mit 3 Ja, 22 Nein und 9 Enthaltungen abgelehnt.

§ 22 Geschäftsprüfungskommission, GPK Seite 3

René Amstutz, Präsident: Wir gehen zum zweiten Antrag. Das ist Geschäft 4574, Abs. 2 von § 22. Da gibt es eine formelle Änderung. Das letzte Mal gab es keine Diskussion. Möchte jemand etwas dazu sagen, dass man die neuen Klammern mit dem § 103 Abs. 1 GG integriert und gegenüber der aktuellen Version korrigiert? Möchte sich diesbezüglich jemand äussern? Das ist nicht der Fall. Die

Empfehlung des Büros ist, die Änderung anzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Änderung annehmen möchte, wie es beantragt ist, soll das jetzt mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Gut, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

René Amstutz, Präsident: Unter diesem § 22 gibt es einen zweiten Antrag. Das ist Geschäft 4650, in Abs. 4. Hier gibt es einen **Antrag der GPK**, der lautet, dass man eigentlich den § 4 mit Folgendem ergänzt – ich lese erst mal das Ganze vor: *«Sie überwacht die richtige Anwendung der gesetzlichen Vorschriften sowie den ordnungsgemässen Vollzug der Beschlüsse der Gemeindebehörden.»* Die GPK stellt den Antrag, dass man dies folgendermassen ergänzt:

«und kann hierfür in eigener Kompetenz externe Beratungsstellen und unabhängige Expertinnen und Experten beiziehen.»

Das Büro hat dies aufgrund der ersten Diskussion noch einmal angeschaut und ist mit diesem Antrag und dem Vorgehen grundsätzlich einverstanden. **Das Büro schlägt nun vor**, dass man es anstatt in Abs. 4 nimmt, einen neuen Absatz einfügt, mit der Formulierung, die ähnlich wie die der Kompetenzen ist, welche die FIREKO mit der Prüfungs- und Revisionsstelle hat, die sie beauftragen kann. Somit haben wir von der Formulierung her eine gewisse Einheit im Reglement.

Da wir eigentlich **zwei Anträge** haben, jener der GPK und jener des Büros, müssen wir sie zuerst einander **gegenüberstellen**. Danach stimmen wir über den Gewinner ab.

Also, erste Frage ist: Antrag der GPK (das ist das, was in der Mitte rot ist): Wer ihm zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gibt es Enthaltungen? Dafür gibt es also nur 2 Stimmen.

Und nun haben wir eine Gegenüberstellung mit dem Antrag des Büros. [*Stimme im Hintergrund*] – Es ist noch keine Abstimmung, wir müssen erst gegenüberstellen. – Also, Antrag Büro, wer ist damit einverstanden, dass man Abs. 4 unverändert lässt und mit einem neuen Abs. 7 ergänzt? Gibt es Enthaltungen?

://:

Der Antrag des Büros ist grossmehrheitlich der Gewinner.

Nun müssen wir über den **Antrag des Büros** abstimmen. Dies wäre eigentlich ein neuer Abs. 7 in § 22. Dieser wird folgendermassen formuliert:

Abs. 7 «Sie kann für die Bewältigung ihrer Aufgaben externe Beratungsstellen und abhängige Expertinnen und Experten beiziehen.»

Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Das wurde grossmehrheitlich mit 1 Gegenstimme angenommen.

René Amstutz, Präsident: Somit kommen wir zu den Anträgen des Büros, Seite 7 des Berichts. Also, zur Teilrevision haben wir gerade bereits beschlossen

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen das Büro des Einwohnerrats zu beschliessen:

2. Das Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 16.6.2021 betreffend Geschäftsreglement § 16, Büro, Geschäft 4572, wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen möchte, soll das mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Das wurde einstimmig angenommen.

3. Das Verfahrenspostulat von Florian, SVP, vom 16.6.21 betreffend Geschäftsreglement § 22, GPK, Geschäft 4574, wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen möchte, soll das mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Das wurde auch einstimmig angenommen.

4. Das Verfahrenspostulat der Geschäftsprüfungskommission vom 21.11.2022 betreffend § 22 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats (zusätzliche Kompetenz für die Geschäftsprüfungskommission), Geschäft 4650, wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Das ist auch einstimmig.

Somit kommen wir zur **Schlussabstimmung** über das Geschäft als Ganzes. Schlussabstimmung über das Geschäft mit der Nummer, die ich noch einmal erwähne fürs Protokoll: 4373 C, 4572 A, 4574 A, 4650 A. Wer diese abschliessen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Somit habt ihr die Geschäfte als Ganzes abgeschlossen.

René Amstutz, Präsident: Das Büro empfiehlt, die Sitzung jetzt zu beenden. Wir fahren im Februar fort. Vielen Dank, schönen Abend. Auf Wiedersehen.

ENDE DER SITZUNG 21.00 Uhr
